

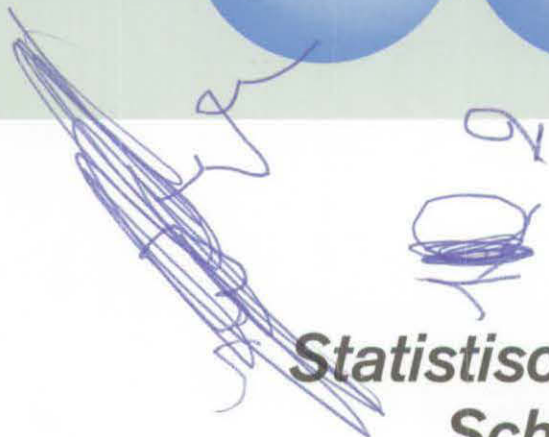
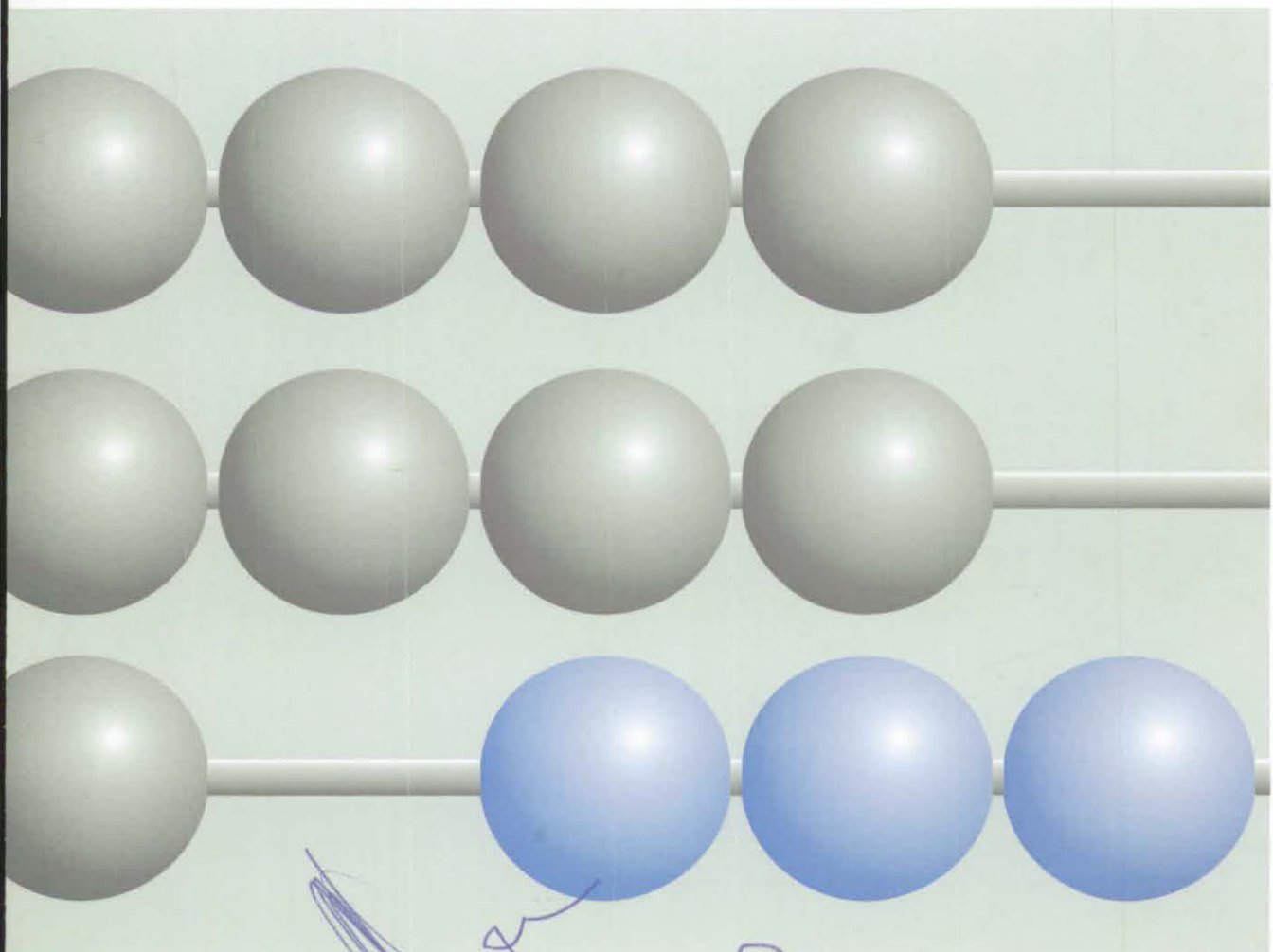
43. Jahrgang, Heft 3  
März 1991

Bundestagswahl 1990  
Regionaler Handel 1990  
Allgemeinbildende Schulen 1970 bis 1990

Statistisches  
Landesamt  
Schleswig-Holstein



Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel



**Statistische Monatshefte  
Schleswig-Holstein**

## **Impressum**

Herausgeber:

Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein

Fröbelstraße 15-17

Postfach 1141

2300 Kiel 1

Telefon (0431) 6895-0

Telefax (0431) 6895 498

Btx \* 444 50 #

Schriftleitung:

Bernd Struck

App. 286

Vertrieb:

App. 280

Druck:

Hugo Hamann, Kiel

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,-

Jahresbezug DM 30,-

Nachdruck,  
auch auszugsweise,  
nur mit Quellenangabe  
gestattet.

# Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

43. Jahrgang

Heft 3

März 1991

## INHALT

### *Kurz gefaßt*

50

### *Aufsätze*

Bundestagswahl 1990

51

Regionaler Handel 1990

64

### *Grafik*

Allgemeinbildende Schulen  
1970 bis 1990

60

### *Entwicklung im Bild*

71

---

### *Beilage*

Zahlenbeilage

### Deutlich weniger Insolvenzen 1990

Bei den schleswig-holsteinischen Amtsgerichten wurden 1990 insgesamt 567 Insolvenzen registriert und damit 135 oder 19,2 % weniger als 1989. Einen so kräftigen Rückgang hat es in den zehn letzten Jahren nicht gegeben. Auch von der Anzahl her muß man schon bis 1981 zurückgehen, um eine niedrigere zu finden. Auch im alten Bundesgebiet insgesamt gab es gegenüber 1989 einen Rückgang an Insolvenzen. Er betrug aber nur 9 %.

Von den Insolvenzen in Schleswig-Holstein waren 427 Unternehmen betroffen (- 105 oder - 19,7 %), und zwar 421 Konkurse und 6 Vergleiche. Bei den in den Vorjahren besonders insolvenzanfälligen Wirtschaftsbereichen war eine unterschiedliche Abnahme zu beobachten: Baugewerbe (- 41 oder - 29,5 %), Handel (- 29 oder - 21,8 %) und Dienstleistungen (- 14 oder - 10,2 %).

Unverändert hoch ist der Anteil der totalen finanziellen Zusammenbrüche geblieben. Von den 561 beantragten Konkursverfahren mußten 413 oder 74 % mangels Masse abgelehnt werden.

### Geschoßwohnungsbau zieht kräftig an

Im Jahre 1990 genehmigten die Baubehörden in Schleswig-Holstein den Neubau von 6 111 Wohngebäuden mit 11 826 Wohnungen. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von 15,7 % bei den Wohngebäuden und 50,8 % bei den Wohnungen. Es war vor allem der Bau von Mehrfamilienhäusern, der mit einer Steigerungsrate von 116 % die Nachfrage prägte.

Im Nichtwohnbau erhöhten sich die Baugenehmigungen — gemessen am Rauminhalt — gegenüber dem Vorjahr um 8,2 %.

### Verarbeitendes Gewerbe mit gutem Jahresergebnis

Das vorläufige Jahresergebnis 1990 der monatlichen Berichterstattung im verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau weist gegenüber dem Vorjahr überwiegend positive Veränderungsdaten auf. Im Jahr 1990 wurde ein Umsatz von rd. 45,6 Mrd. DM erzielt, was einer Steigerung von 11,3 % entspricht. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 4,6 % auf durchschnittlich 177 164 Personen. Der Wert der hereingenommenen Aufträge verringerte sich um 1,9 % auf 26,8 Mrd. DM.

### Ausbaugewerbe Ende 1990

Die im Ausbaugewerbe tätigen Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten erzielten im 4. Quartal 1990 mit einem Personalbestand von durchschnittlich 8 851 Personen einen ausbaugewerblichen Umsatz von 317 Mill. DM. Der Gesamtumsatz lag im gleichen Zeitraum bei 341 Mill. DM. Gegenüber dem Schlußquartal des Jahres 1989 bedeutet das eine Steigerung um 7,9 % bei den Beschäftigten und von 15,2 % beim ausbaugewerblichen Umsatz.

### 40 000 Studierende im Wintersemester 1990/91

Im Wintersemester 1990/91 waren an den schleswig-holsteinischen Hochschulen 40 000 Studentinnen und Studenten eingeschrieben, 7 % mehr als im Wintersemester 1989/90. Der Frauenanteil lag unverändert bei 37 %. Die Zahl der Studienanfänger im ersten Hochschulsemester stieg um 13 % auf 6 319.

Fast die Hälfte aller Studierenden im Land waren an der CAU Kiel immatrikuliert. Diese Hochschule verzeichnete einen Anstieg um 5 % auf 18 962. Nimmt man die Medizinische Universität zu Lübeck hinzu, dann besuchte jeder 2. Studierende eine Universität.

An den beiden pädagogischen Hochschulen in Flensburg und Kiel stieg die Zahl der Studierenden um jeweils 21 % auf 889 bzw. 2 019. Einen Anstieg um 8 % auf 404 Studentinnen und Studenten konnte die Musikhochschule Lübeck verzeichnen.

Die Zahl der Studierenden an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschule) erhöhte sich um 10 % auf 15 572. Davon studierten in Flensburg 2 719 (+ 30 %), in Kiel 5 576 (+ 5 %), in Lübeck 3 071 (+ 4 %), in Wedel 1 149 (+ 4 %) und an der Fernfachhochschule Rendsburg 3 057 (+ 14 %). Einen Rückgang der Studentenzahl auf 930 (- 4 %) meldete die Verwaltungsfachhochschule.

## Bundestagswahl 1990

### Wahlrecht

Nachdem bei der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der Wunsch zum Ausdruck gebracht worden war, die staatliche Einheit nach Artikel 23 Grundgesetz herzustellen, lag es nahe, die anstehende Bundestagswahl als gesamtdeutsche Wahl durchzuführen. Die noch bestehenden beiden deutschen Staaten einigten sich, daß ein einheitliches Wahlrecht entsprechend dem Bundeswahlgesetz gelten sollte. Dazu war es erforderlich, das Bundeswahlgesetz rechtzeitig zu ändern und anzupassen.

Die Zeit drängte, da nach Art. 39 Abs. 1 Satz 3 GG die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag in der Zeit vom 19. November 1990 bis 18. Januar 1991 stattfinden mußte. Deshalb wurde am 3. August 1990 ein entsprechender Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages geschlossen. Das Gesetz vom 29. August 1990 zu diesem Vertrag enthielt die entsprechenden Änderungen zum Bundeswahlgesetz (BWG). Neben der Erhöhung der Zahl der Abgeordneten wurden in einer Übergangsregelung bestimmte Fristen (z. B. für die Einreichung von Wahlvorschlägen) abgekürzt, und das Wahlsystem wurde geändert. So konnten z. B. Landeslisten verschiedener Parteien, die in keinem Land — ausgenommen Berlin — nebeneinander Listenwahlvorschläge einreichen, verbunden werden. Diese Regelung und die Anwendung der sogenannten 5%-Klausel auf das gesamte Wahlgebiet erklärte das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 29. September 1990 als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Das Bundeswahlgesetz mußte daraufhin abermals geändert werden.

Mit dem zehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 8. Oktober 1990 wurden schließlich folgende Übergangsregelungen für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag geschaffen: Bei der Verteilung der Sitze auf die Landeslisten kommen nur solche Parteien zum Zuge, die mindestens 5 % der gültigen Zweitstimmen entweder im alten Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) oder in den fünf neuen Ländern ein-

schließlich Berlin (Ost) erhalten haben. Ferner können Parteien und andere politische Vereinigungen mit Sitz im Gebiet der fünf neuen Länder oder in Berlin (Ost) gemeinsame Wahlvorschläge einreichen (Listenvereinigungen). Bestehen blieb die Regelung, daß auch solche Parteien, die in mindestens drei Wahlkreisen mit der Mehrheit der Erststimmen einen Sitz errungen haben, an der Verteilung der Landeslistensitze teilnehmen.

Das Bundesverfassungsgericht wurde ein zweites Mal erfolgreich angerufen, und zwar wegen des Unterschriftenquorums. Danach mußten Parteien, die nicht im Deutschen Bundestag, in der Volkskammer oder einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten waren, bei der Einreichung von Wahlvorschlägen eine bestimmte Anzahl von Unterschriften beibringen. Das Bundesverfassungsgericht entschied, daß das Unterschriftenquorum unter den besonderen Bedingungen der ersten gesamtdeutschen Wahl das Recht auf Chancengleichheit verletze. Es verfügte am 17. Oktober 1990 in einer einstweiligen Anordnung, daß auch Parteien, ihnen gleichgestellte politische Vereinigungen und Listenvereinigungen in den neuen Bundesländern sowie Parteien, die bei der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag mindestens 75 000 Zweitstimmen erhalten hatten, in den alten Bundesländern und Berlin von der Pflicht zur Beibringung von Unterstützungsunterschriften befreit sind. Die Anzahl 75 000 entspricht etwa der bei der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag für die Zuteilung eines Sitzes notwendigen Zahl der Zweitstimmen, sofern die 5%-Klausel nicht gegolten hätte. Damit wurden die hierdurch begünstigten Parteien denjenigen gleichgestellt, die bei der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 ein Mandat errungen hatten und deshalb von der Beibringung von Unterschriften befreit waren. Diese Regelung kam in Schleswig-Holstein der NPD und der ÖDP zugute.

### Wahlvorschläge und Bewerber

In Schleswig-Holstein sind die Landeslisten von neun Parteien zugelassen worden. Außerdem traten im Wahlkreis 7 (Pinneberg) ein Einzelbewerber und im Wahlkreis 8 (Segeberg-Stormarn-Nord) die CM an. Folgende

Wahlvorschläge konnten in Schleswig-Holstein gewählt werden:

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
GRÜNE	DIE GRÜNEN
GRAUE	DIE GRAUEN
REP	DIE REPUBLIKANER
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
PDS/Linke Liste	Partei des Demokratischen Sozialismus/ Linke Liste
CM	CHRISTLICHE MITTE
Einzel- bewerber	Initiative Volksentscheid DER SPRINGENDE PUNKT

Für die Reihenfolge auf dem Stimmzettel sind die Landeslisten maßgebend. Sie richtet sich bei Parteien, die im letzten Bundestag vertreten waren, nach der Zahl der Zweitstimmen, die sie bei der letzten Bundestagswahl in Schleswig-Holstein erhalten haben. Die übrigen Landeslisten schließen sich in alphabetischer Reihenfolge des ausgeschriebenen Parteinamens an.

Die Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge entspricht der der Landeslisten. Ist für eine Partei kein Kreiswahlvorschlag eingereicht worden, so bleibt deren Feld für die Erststimme im Stimmzettel des jeweiligen Wahlkreises leer. Die Kreiswahlvorschläge von Parteien und Bewerbern, die keine Landesliste aufweisen, schließen sich an.

Von den Parteien kandidierten DIE GRAUEN, die REP, die ÖDP, die PDS/Linke Liste und die CM erstmals bei einer Bundestagswahl in Schleswig-Holstein. Gegenüber der Bundestagswahl 1987 traten DIE FRAUEN, die MLPD, die Patrioten und die FSU nicht mehr an.

Insgesamt bewarben sich 131 Kandidatinnen und Kandidaten um ein Mandat im 12. Deutschen Bundestag. Von diesen strebten 75 ein Direktmandat an, 104 waren auf der Landesliste ihrer Partei aufgestellt, und 48 waren für beide gleichzeitig nominiert worden. Die PDS/Linke Liste trat nur mit einer Landesliste an und die CM, ebenso wie der Einzelbewerber, nur in einem Wahlkreis. Alle anderen Parteien hatten sowohl in den Wahlkreisen als auch auf den Landeslisten Bewerberinnen und Bewerber aufgestellt. DIE GRAUEN und die ÖDP waren jedoch nur in zwei bzw. fünf Wahlkreisen vertreten. Von der CDU und der SPD standen alle Wahlkreisbewerberinnen und -bewerber auch auf der Landesliste ihrer Partei. Von den Bewerberinnen und Bewerbern waren 19 Abgeordnete des 11. Deutschen Bundestages, und zwar neun von der CDU, acht von

der SPD und jeweils einer von der F.D.P. und den GRÜNEN. Die Frauen stellten 34 Bewerberinnen und damit wie 1987 knapp drei Zehntel aller, 1983 waren es knapp ein Viertel gewesen. Die größte Anzahl, nämlich zehn, nominierte die SPD.

Die dem Alter nach stärkste Bewerbergruppe stellten wie bisher die 40- bis 49jährigen mit über einem Drittel aller Bewerberinnen und Bewerber. Gut sechs Zehntel aller waren zwischen 40 und 59 Jahre alt. Keine Bewerberin und kein Bewerber war jünger als 21 Jahre, und einer war über 70 Jahre alt.

### Wahlberechtigte

Zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 waren in Schleswig-Holstein 2,09 Mill. Einwohner wahlberechtigt. Ihre Zahl hat sich gegenüber der Bundestagswahl 1987 um knapp 47 000 oder 2,3 % erhöht. Hinter diesem geringen Saldo verbergen sich jedoch größere Veränderungen durch Umzug, Tod und vor allem Hereinwachsen in das Wahlalter. Etwa 140 000 oder 6,7 % der Wahlberechtigten konnten nämlich erstmals an einer Bundestagswahl in Schleswig-Holstein teilnehmen. Sie waren am 25. Januar 1987, dem Tag der vorherigen Bundestagswahl, noch nicht 18 Jahre alt gewesen.

Die Frauen dominieren nach wie vor unter den Wahlberechtigten. Rund 1,1 Mill. oder 53 % der Wahlberechtigten waren Frauen, und entsprechend 990 000 oder 47 % waren Männer. Drei Zehntel oder 650 000 der Wahlberechtigten waren jünger als 35 Jahre, 510 000 oder ein Viertel zwischen 35 und 50 Jahre und reichlich vier Zehntel oder 920 000 waren 50 Jahre und älter.

Nur im Wahlkreis 2 (Nordfriesland-Dithmarschen-Nord) war die Zahl der Wahlberechtigten geringfügig zurückgegangen, in allen anderen Wahlkreisen hatte sie gegenüber 1987 zugenommen. Am stärksten war der Anstieg in den Wahlkreisen 8 (Segeberg-Stormarn-Nord) mit 10 500 oder 4,8 % und 10 (Hzgt. Lauenburg-Stormarn-Süd) mit 7 300 oder 3,3 %. Die durchschnittliche Anzahl von Wahlberechtigten je Wahlkreis beläuft sich auf 189 600 und ist etwas höher als im Bundesdurchschnitt (184 300). In den einzelnen Wahlkreisen ist sie recht unterschiedlich. Die beiden Wahlkreise mit der kräftigsten Zuwachsrate sind auch die größten: 8 (Segeberg-Stormarn-Nord) mit 231 000 und 10 (Hzgt. Lauenburg-Stormarn-Süd) mit 229 500. Der Wahlkreis 9 (Ostholstein) ist mit 152 000 Wahlberechtigten nach wie vor der kleinste.

## Wähler

Von den 2,09 Mill. wahlberechtigten Schleswig-Holsteinern blieben fast 450 000 der Wahl fern, und nur 1,64 Mill. oder 78,6 % beteiligten sich. Das war die niedrigste Wahlbeteiligung, die jemals bei einer Bundestagswahl in Schleswig-Holstein zu verzeichnen war. Bei der vorangegangenen Bundestagswahl hatte sie noch 84,4 % ausgemacht und 1983 sogar 89,2 %. Sie war zwar noch immer höher als bei fast allen anderen Wahlen, der deutliche Abstand ist aber geschrumpft. Da die Wahlbeteiligung allgemein zurückgegangen ist, schnitt Schleswig-Holstein noch relativ günstig ab. Im gesamten Bundesgebiet machte sie 77,8 %, also fast einen Prozentpunkt weniger aus.

An der Spitze lagen abermals das Saarland (85,1 %) und Rheinland-Pfalz (81,7 %). Unter den alten Bundesländern bildeten Bayern (74,4 %) und Bremen (76,5 %) wie bisher den Schluß. In Mecklenburg-Vorpommern war jedoch die Wahlbeteiligung mit 70,9 % am niedrigsten. Die Wahlbeteiligung war auch insgesamt in den

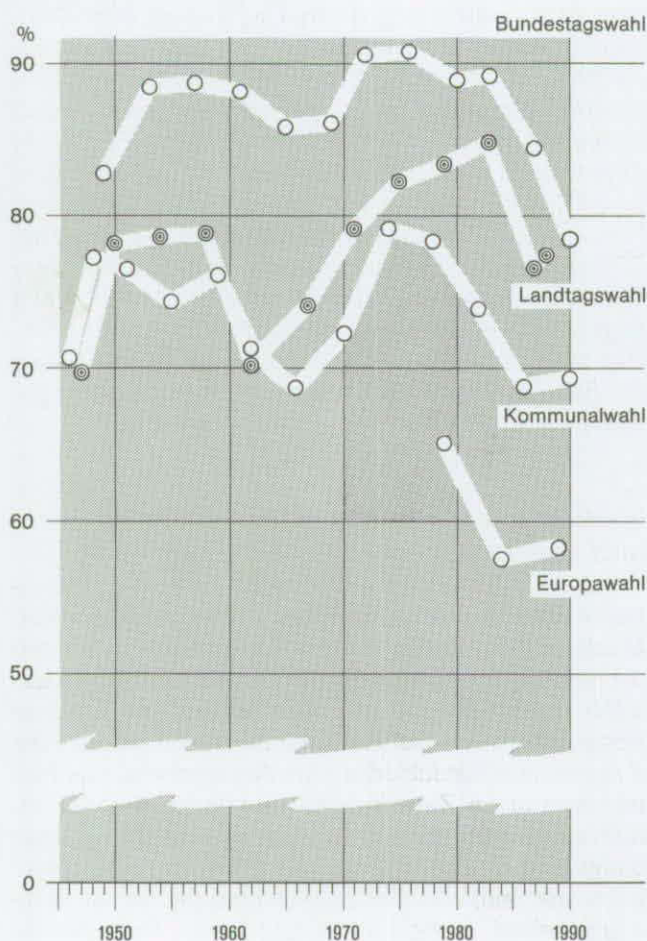
neuen Bundesländern (ohne Berlin) niedriger (74,4 %) als in den alten (ohne Berlin 78,4 %).

Eine Stichprobenerhebung in ausgewählten Wahlbezirken zeigt, daß unter den Urnenwählern (Wähler mit Stimmabgabevermerk im Wählerverzeichnis) die Wahlbeteiligung bei den Männern (78,4 %) etwas höher war als bei den Frauen (77,5 %).

Die Wahlbeteiligung steigt wie bisher mit wachsendem Alter. Die 18- bis 20jährigen gingen jedoch häufiger zur Wahl (65,9 %) als die 21- bis 24jährigen (62,0 %). Dies konnte bei allen Wahlen seit 1972, als die 18- bis 20jährigen erstmals wählen durften, beobachtet werden. Am höchsten war die Wahlbeteiligung unter den 60- bis 69jährigen (87,8 %). Obwohl sie bei den 70jährigen und älteren Wahlberechtigten deutlich abfällt (77,5 %), war sie dort immer noch höher als bei den unter 40jährigen. Berücksichtigt man die Wahlscheinwähler, die in der Stichprobe nicht enthalten sind, so war der Abstand sogar noch größer. Die älteren Wahlberechtigten machten nämlich viel öfter von der Briefwahl Gebrauch als die jüngeren. Unter den ältesten Wahlberechtigten machte der Anteil mit Wahlscheinvermerk fast 14 % aus, während es im Durchschnitt 8 % waren. Gegenüber 1987 ist die Wahlbeteiligung in allen Altersgruppen zurückgegangen. Besonders hoch

## Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein

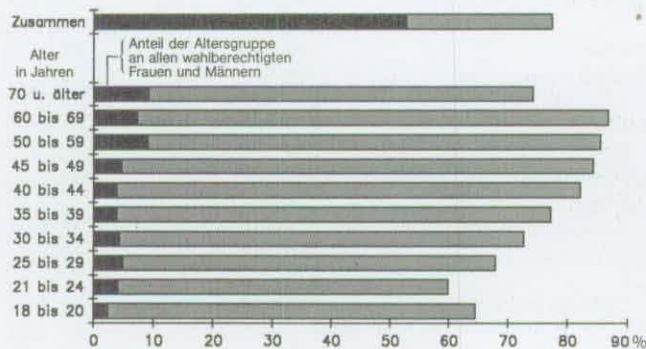
D 5865a Stat. LA S-H



## Bundestagswahl 1990

D 5941 Stat. LA S-H

### Wahlbeteiligung der Frauen nach der Altersgruppe



### Wahlbeteiligung der Männer nach der Altersgruppe



war die Abnahme unter den 18- bis 20jährigen (- 10,5 Prozentpunkte) und den 21- bis 24jährigen (- 9,0), während sie bei den 60- bis 69jährigen nur 2,8 Punkte ausmachte. Der Abstand zwischen den Wahlbeteiligungsquoten der zuletzt genannten beiden Altersgruppen hat sich dadurch von 20 auf 26 Punkte vergrößert. Von den 21- bis 24jährigen gingen mehr als doppelt soviel (60 000) nicht zur Wahl wie von den 60- bis 69jährigen (29 000).

Unterscheidet man die Wahlbeteiligung zusätzlich nach dem Geschlecht, so standen die 21- bis 24jährigen Frauen (60,0 %) und Männer (63,9 %) wie 1987 am Ende der Wahlbeteiligungsskala. An der Spitze befanden sich die 60- bis 69jährigen Männer (89,0 %) und Frauen (86,9 %). Die Wahlbeteiligung der Männer war unter den 18- bis 24jährigen und oberhalb 50 Jahre höher als die der Frauen. Am größten war der Abstand zwischen den ältesten Wählern und Wählerinnen (84,2 % zu 74,3 %).

Wahlkreis	Wahlberechtigte 1990	Wahlbeteiligung in %	
		1990	1987
01 Flensburg-Schleswig	209 303	76,6	83,3
02 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord	168 535	75,9	82,9
03 Steinburg-Dithmarschen-Süd	161 057	78,1	84,5
04 Rendsburg-Eckernförde	196 856	79,9	85,9
05 Kiel	192 930	76,1	82,3
06 Plön-Neumünster	160 016	78,8	85,1
07 Pinneberg	211 947	81,6	86,0
08 Segeberg-Stormarn-Nord	230 925	79,6	84,8
09 Ostholstein	152 354	79,2	85,4
10 Hzgt. Lauenburg-Stormarn-Süd	229 520	82,1	86,4
11 Lübeck	172 415	75,1	80,9
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>2 085 858</b>	<b>78,6</b>	<b>84,4</b>

Unter den Wahlkreisen befinden sich immer wieder die gleichen mit hoher und niedriger Wahlbeteiligung, nämlich Hzgt. Lauenburg-Stormarn-Süd mit 82,1 % und Lübeck mit 75,1 %. Das Wahlinteresse ist in allen Wahlkreisen gegenüber 1987 zurückgegangen. Am größten war die Abnahme im Wahlkreis 2 (Nordfriesland-Dithmarschen-Nord) mit 7 Prozentpunkten und am geringsten im Wahlkreis 10 (Hzgt. Lauenburg-Stormarn-Süd) mit 4,3 Punkten. Im Landesdurchschnitt machte sie 5,8 Punkte aus. In absoluten Zahlen bedeutet dies, daß trotz einer Zunahme von fast 47 000 Wahlberechtigten über 81 000 weniger zur Wahl gegangen sind als 1987.

Rund 148 000 der Wählerinnen und Wähler oder 9 % haben von der Briefwahl Gebrauch gemacht. Ihr Anteil ist damit gegenüber 1987, als er 9,6 % ausgemacht hatte, leicht zurückgegangen. Mit einem Wahlschein, der dem Wahlberechtigten Freizügigkeit innerhalb seines Wahlkreises ermöglicht, wählten weitere 7 000 Personen, so daß insgesamt 155 000 Wahlberechtigte (1987: 173 000) oder 9,5 % aller Wählerinnen und Wähler nicht in ihrem Wahlraum gewählt haben.

### Ungültige Stimmen

Der Anteil der ungültigen Stimmen ist gegenüber der letzten Bundestagswahl nahezu konstant geblieben. Von den Erststimmen mußten 18 000 oder 1,1 % (1987: 1,1 %) und von den Zweitstimmen 15 000 oder 0,9 % (1987: 0,8 %) für ungültig erklärt werden. Es stellt sich hier die Frage, warum es immer wieder mehr ungültige Erststimmen als Zweitstimmen gibt. Eine Auswertung der Ungültigkeitsgründe im Rahmen der schon erwähnten Stichprobenerhebung zeigt, daß deutlich mehr Wählerinnen und Wähler die Erststimmenseite des Stimmzettels leer gelassen oder durchgestrichen haben und mit der Zweitstimme gültig gewählt haben als umgekehrt. Die größere Zahl von ungültigen Erststimmen ist also auf eine gewollte Ungültigkeit oder Stimmenenthaltung zurückzuführen. Sie betrifft über vier Zehntel der ungültigen Erststimmen. Auch insgesamt handelt es sich bei den ungültigen Stimmen weitaus überwiegend um Stimmenenthaltungen. Fast acht Zehntel sind nämlich deshalb ungültig, weil eine oder beide Stimmzettelseiten leer oder durchgestrichen sind. Nur von den Wählerinnen und Wählern, die bei der Erststimme oder der Zweitstimme oder bei beiden mehrere Kreuze gemacht haben, läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, daß sie unbeabsichtigt ungültig gewählt haben. Das ist aber bei fast jeder achten ungültigen Stimme der Fall. Die Frauen haben relativ häufiger ungültig gewählt als die Männer.

### Wahl der Wahlkreisbewerberinnen und -bewerber

Bei Bundestagswahlen hat jeder Wähler zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme wird der Wahlkreisbewerber und mit der zweiten Stimme die Landesliste einer Partei gewählt. Die Erststimme ist dafür entscheidend, welcher Abgeordnete im Wahlkreis direkt gewählt wird. Die Zweitstimme legt fest, wie viele Abgeordnete eine Partei insgesamt in den Bundestag entsendet. Oder anders ausgedrückt: Die Erststimme entscheidet nur über die personelle Zusammensetzung der Hälfte des Bundestages, während die Zweitstimme für die Gesamtstärke einer Partei maßgebend ist. Der Wähler



entscheidet also letztlich nur mit einer Stimme, der Zweitstimme, über die zahlenmäßige Sitzverteilung im Bundestag. Eine unterschiedliche Abgabe von Erst- und Zweitstimme kann dann in Betracht kommen, wenn man mit der Zweitstimme die Partei seines Vertrauens wählt und mit der Erststimme den Bewerber, den man bevorzugt — sei es aus personellen oder parteipolitischen Gründen (z. B. weil die Partei, der man die Zweitstimme gegeben hat, keine Aussicht hat, den Direktbewerber durchzubringen). Die Ansicht, daß von einem Stimmensplitting beide beteiligten Parteien gleich viel profitieren, ist nur unter der extremen Voraussetzung und auch dann nur eingeschränkt richtig, daß die Partei, deren Kandidat die Erststimme bekommt, in einem Land alle Wahlkreise und dadurch ein Überhangmandat gewinnt. Der Einfluß des Stimmensplitting auf die Wahlergebnisse von 1990 wird in einem besonderen Abschnitt dieses Aufsatzes dargestellt.

Auch bei dieser Bundestagswahl kamen nur CDU und SPD für einen Wahlkreissieg in Frage. Es gab aber Verschiebungen zugunsten der CDU, obwohl sie mit 46,1 % exakt das Erststimmenergebnis von 1987 erreichte. Sie konnte den 1987 an die SPD verlorenen Wahlkreis 6 (Plön-Neumünster) wieder zurückgewinnen und war damit in 9 der 11 Wahlkreise erfolgreich. Sie kam wie 1987 in keinem Wahlkreis auf die absolute Mehrheit. Im Wahlkreis 9 (Ostholstein) blieb sie mit genau der Hälfte der Stimmen aber nur knapp darunter. Die CDU erzielte in fast allen von ihr gewonnenen Wahlkreisen einen deutlichen Stimmenvorsprung gegenüber der SPD. Am größten war er in Segeberg-Stormarn-Nord mit fast 23 000 Stimmen oder 12,6 Prozentpunkten und am geringsten in Plön-Neumünster mit knapp 900 Stimmen oder 0,7 Punkten. Gegenüber 1987 haben sich die Erststimmenanteile in den einzelnen Wahlkreisen nur unwesentlich verändert. In der Mehrzahl der Wahlkreise konnte die CDU Gewinne verbuchen. Der relativ größte sprang für sie in Nordfriesland-Dithmarschen-Nord mit 2 Punkten heraus. Die relativ größte Abnahme trat in Pinneberg mit ebenfalls 2 Punkten auf. Die Bewerberinnen und Bewerber der CDU erhielten in allen Wahlkreisen mehr Erststimmen als ihre Partei Zweitstimmen. Insgesamt beläuft sich der Vorsprung auf 2,6 Punkte, und in Flensburg-Schleswig sind es sogar 4,1 Punkte.

Bei der SPD ging der Erststimmenanteil gegenüber 1987 um 1,8 Punkte auf 41,2 % zurück. Sie schnitt in allen Wahlkreisen schlechter ab als 1987. Am größten war die Abnahme in den Wahlkreisen 9 (Ostholstein) und 11 (Lübeck) mit jeweils 3,2 Punkten und am geringsten im Wahlkreis 2 (Nordfriesland-Dithmarschen-Nord) mit 0,2 Punkten. In Lübeck führte das dazu, daß der Wahlkreis nur mit einem Stimmenvorsprung von 80 Stimmen oder 0,1 Punkten verteidigt werden konnte. In

Wahlkreis		Erststimmenanteile der	
		CDU	SPD
		in %	
01 Flensburg-Schleswig	1987	46,0	43,7
	1990	47,2	42,3
02 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord	1987	47,1	39,6
	1990	49,1	39,4
03 Steinburg-Dithmarschen-Süd	1987	47,4	43,0
	1990	48,3	41,4
04 Rendsburg-Eckernförde	1987	48,7	42,9
	1990	47,4	40,8
05 Kiel	1987	36,2	53,0
	1990	36,4	51,0
06 Plön-Neumünster	1987	43,8	45,8
	1990	44,5	43,8
07 Pinneberg	1987	45,9	41,4
	1990	43,9	40,5
08 Segeberg-Stormarn-Nord	1987	49,7	38,5
	1990	49,3	36,7
09 Ostholstein	1987	48,5	42,2
	1990	50,0	39,0
10 Hzgt. Lauenburg-Stormarn-Süd	1987	48,7	38,7
	1990	47,4	37,5
11 Lübeck	1987	43,3	46,3
	1990	43,0	43,1
Schleswig-Holstein	1987	46,1	43,0
	1990	46,1	41,2

Plön-Neumünster bewirkte der Verlust von zwei Prozentpunkten einen Wechsel an die CDU. Neben Lübeck stellt die SPD damit nur noch in Kiel den Wahlkreissieger. Sie behauptete in Kiel mit 51,0 % die absolute Mehrheit, obwohl ihr Stimmenanteil um zwei Punkte schmolz. Auch die Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten der SPD vereinigten auf sich mehr Erststimmen als ihre Partei Zweitstimmen. Insgesamt sind es 2,7 Punkte und in Kiel sogar 5,5 Punkte. Das kann einmal darauf zurückzuführen sein, daß die Wahlkreisbewerberinnen und -bewerber mehr nach ihrer Person als nach ihrer Parteizugehörigkeit gewählt worden sind, und zum anderen darauf, daß ein Teil der Wählerinnen und Wähler nur solchen Kandidatinnen und Kandidaten ihre Erststimme gegeben haben, die Aussicht auf Erfolg hatten, und mit der Zweitstimme eine andere Partei gewählt haben.

Die anderen Parteien und der Einzelbewerber erzielten insgesamt 206 000 oder 12,7 % der Erststimmen. Das sind zwar mehr als bei der letzten Bundestagswahl (11 %), es ändert aber nichts an der Dominanz von CDU und SPD. Über die Hälfte dieser Erststimmen entfiel auf die F.D.P.. Sie kam auf immerhin 6,8 % der Erststimmen, was einen Anstieg von 2,5 Punkten bedeutet. In Pinneberg erhielt die F.D.P. sogar 8,6 % der Erststimmen (+ 3,6 Punkte). Der Anteil der GRÜNEN verminderte sich um 1,8 Punkte auf 4,1 %.

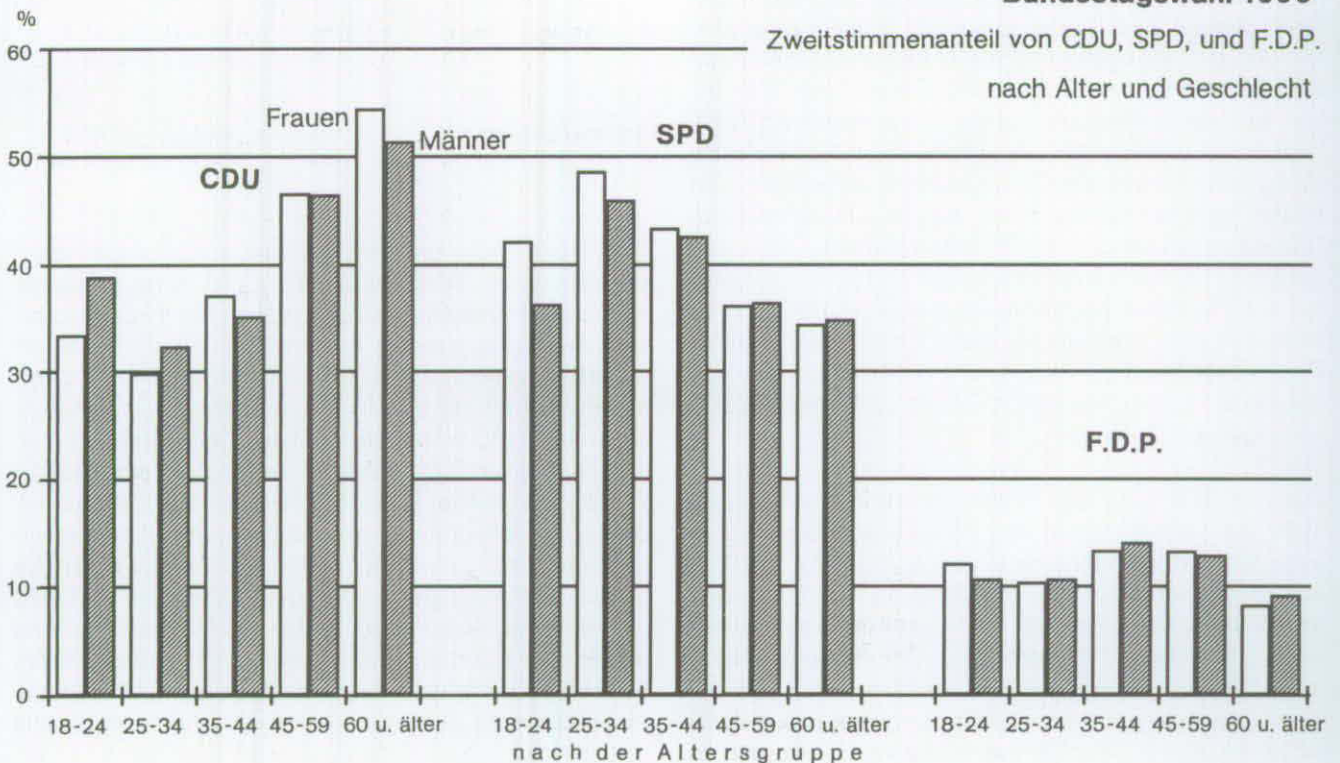
Wie 1987 wurde eine Frau direkt in den Bundestag gewählt, und zwar die CDU-Kandidatin im Wahlkreis 7 (Pinneberg).

### Wahl der Landeslisten

Die Zweitstimme ist, wie schon erwähnt, entscheidend für die Gesamtzahl der Sitze einer Partei im Bundestag. Nach dem Zweitstimmenergebnis wird die Anzahl der Abgeordneten, die für eine Partei in den Bundestag einziehen, berechnet. Die Voraussetzungen, die eine Partei erfüllen muß, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden, sind im Abschnitt Wahlrecht beschrieben worden. Von den in Schleswig-Holstein kandidierenden Parteien haben CDU, SPD, F.D.P. und PDS/Linke Liste diese Voraussetzungen erfüllt. In Schleswig-Holstein kamen aber nur CDU, SPD und F.D.P. zum Zuge.

Die CDU erhielt abermals die meisten Zweitstimmen im Lande. Sie kam auf 706 000 Zweitstimmen. Obwohl dies 10 000 Stimmen weniger sind als 1987, erhöhte sich ihr Anteil um 1,6 Prozentpunkte von 41,9 % auf 43,5 %. Wegen der niedrigeren Wahlbeteiligung sind nämlich rund 82 000 Zweitstimmen weniger abgegeben worden als 1987, und die Ausgangsbasis für die Relativberechnung ist günstiger geworden. Der Vorsprung gegenüber der SPD wuchs von 2,1 auf 5 Punkte, 1983 waren es 4,8 Punkte gewesen. Trotz der insgesamt geringeren Zahl von Zweitstimmen erhöhte sich die der CDU in den Wahlkreisen 4 (Rendsburg-Eckernförde) und 8 (Segeberg-Stormarn-Nord). In allen anderen Wahlkreisen ging sie zurück. Demgegenüber sind die Zweitstimmenanteile der CDU, bis auf 7 (Pinneberg), in allen Wahlkreisen angestiegen. Der höchste Zuwachs trat in Nordfriesland-Dithmarschen-Nord mit 2,6 Punkten auf, gefolgt von Rendsburg-Eckernförde mit 2,5 Punkten. Am besten schnitt die CDU in Ostholstein mit 46,7 % ab. Wie bei den Erststimmen konnte die CDU auch bei den Zweitstimmen die Mehrheit im Wahlkreis 6 (Plön-Neumünster) der SPD abnehmen. Zusätzlich gelang ihr dies noch in Lübeck. Die CDU nimmt dadurch anstelle von 8 in 10 Wahlkreisen den 1. Platz ein. Der Vorsprung gegenüber der SPD ist in den meisten Wahlkreisen recht deutlich. Am größten ist er in Segeberg-Stormarn-Nord mit 10,9 Punkten und am geringsten in Lübeck mit 0,7 Punkten.

D 5942 Stat. LA S-H



Die schon erwähnte Stichprobenerhebung zeigt, daß die Zweitstimmenanteile der CDU bis auf die der 35- bis 44jährigen in allen Altersgruppen gestiegen sind. In der erwähnten Altersgruppe ging der Anteil um einen Prozentpunkt zurück. Am deutlichsten war der Anstieg unter den 18- bis 24jährigen mit 4,3 Punkten und am geringsten unter den 25- bis 34jährigen mit 1,5 Punkten. Bei den 60 Jahre und älteren Wählerinnen und Wählern konnte die CDU ihre absolute Mehrheit auf 53,3 % aufstocken und ihren Vorsprung gegenüber der SPD von 12 auf fast 19 Punkte ausdehnen. Die bisher zu beobachtende Tendenz, daß die Stimmenanteile der CDU mit steigendem Alter wachsen, trifft nicht mehr ohne weiteres zu. Durch die gegenläufige Entwicklung bei den jüngsten und den 35- bis 44jährigen Wählerinnen und Wählern, sind die Zweitstimmenanteile der

CDU in diesen beiden Altersgruppen gleich. Vor vier Jahren hatten die jüngsten noch deutlich zurückgelegen. Unverändert geblieben ist, daß die CDU bei den unter 45jährigen unterdurchschnittlich abscheidet und bei den 45jährigen und älteren überdurchschnittlich. Die Frauen (43,7 %) wählten abermals häufiger die CDU als die Männer (42,3 %). In den Altersgruppen bis 34 Jahre haben jedoch die Männer ein Übergewicht.

Die SPD erhielt 626 000 Zweitstimmen und damit 53 000 weniger als 1987. Anders als bei der CDU ging auch ihr Zweitstimmenanteil um 1,3 Punkte auf 38,5 % zurück. Sie verlor in allen Wahlkreisen Stimmen und Anteile. Von der Anzahl her war der Verlust in Lübeck mit über 7 000 Zweitstimmen am größten und vom prozentualen Anteil her in Ostholstein und Lübeck mit jeweils

Wahl der Landeslisten

Wahlkreis		Gültige Zweit- stimmen ins- gesamt	Darunter entfallen auf							
			CDU		SPD		F.D.P.		GRÜNE	
			Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
01 Flensburg-Schleswig	1987	170 960	70 586	41,3	70 183	41,1	14 583	8,5	14 229	8,3
	1990	158 884	68 503	43,1	64 493	40,1	15 865	10,0	6 208	3,9
02 Nordfriesland- Dithmarschen-Nord	1987	138 516	60 484	43,7	52 218	37,7	13 933	10,1	10 656	7,7
	1990	126 786	58 763	46,3	47 251	37,3	13 608	10,7	4 580	3,6
03 Steinburg- Dithmarschen-Süd	1987	132 850	57 929	43,6	53 039	39,9	11 468	8,6	9 105	6,9
	1990	124 297	56 562	45,5	48 425	39,0	12 384	10,0	4 260	3,4
04 Rendsburg-Eckernförde	1987	164 187	69 329	42,2	65 485	39,9	15 510	9,4	12 614	7,7
	1990	155 814	69 706	44,7	59 243	38,0	17 493	11,2	5 954	3,8
05 Kiel	1987	152 179	51 131	33,6	71 939	47,3	11 934	7,8	16 017	10,5
	1990	145 654	50 934	35,0	66 317	45,5	15 441	10,6	8 814	6,1
06 Plön-Neumünster	1987	132 973	54 776	41,2	56 363	42,4	10 762	8,1	10 008	7,5
	1990	124 831	53 607	42,9	50 775	40,7	13 036	10,4	4 463	3,6
07 Pinneberg	1987	175 413	74 545	42,5	66 502	37,9	18 520	10,6	14 488	8,3
	1990	171 667	72 541	42,3	64 387	37,5	22 799	13,3	7 143	4,2
08 Segeberg-Stormarn-Nord	1987	185 591	82 339	44,4	66 154	35,6	20 798	11,2	14 724	7,9
	1990	182 556	83 337	45,7	63 618	34,8	23 965	13,1	6 833	3,7
09 Ostholstein	1987	125 653	55 748	44,4	49 867	39,7	10 842	8,6	8 094	6,4
	1990	119 390	55 708	46,7	44 303	37,1	12 537	10,5	3 931	3,3
10 Hzgt. Lauenburg- Stormarn-Süd	1987	190 619	83 512	43,8	68 012	35,7	21 782	11,4	15 663	8,2
	1990	187 033	83 460	44,6	65 224	34,9	25 399	13,6	7 408	4,0
11 Lübeck	1987	137 266	55 367	40,3	59 467	43,3	10 729	7,8	10 453	7,6
	1990	127 764	52 862	41,4	51 972	40,7	13 109	10,3	5 460	4,3
Schleswig-Holstein	1987	1 706 207	715 746	41,9	679 229	39,8	160 861	9,4	136 051	8,0
	1990	1 624 676	705 983	43,5	626 008	38,5	185 636	11,4	65 054	4,0

2,6 Punkten. Die SPD behielt die Zweitstimmenmehrheit nur noch in Kiel, allerdings mit einem Vorsprung von über 15 000 Stimmen oder 10,5 Punkten. Vor vier Jahren waren es fast 21 000 Stimmen oder 13,7 Punkte gewesen. Wie 1987 kam die SPD nur in vier Wahlkreisen auf einen Anteil von über 40 %. Am besten schnitt sie in Kiel mit 45,5 % ab und am schlechtesten in Segeberg-Stormarn-Nord mit 34,8 %.

Bei der SPD streuen die Zweitstimmenanteile in den Altersgruppen nicht so kräftig wie bei der CDU. Am günstigsten schnitt die SPD unter den 25- bis 34jährigen (47,2 %) und am schlechtesten unter den 60 Jahre und älteren (34,7 %) ab. Während sie bei den 25- bis 34jährigen (+ 2,9 Punkte) und den 35- bis 44jährigen (+ 2,4 Punkte) zulegen konnte, verminderten sich ihre Anteile in den anderen Altersgruppen, und dabei besonders unter den ältesten Wählerinnen und Wählern. Bemerkenswert ist, daß die SPD zwar ihren Spitzenplatz unter den jüngsten Wählerinnen und Wählern halten konnte, der Vorsprung aber immer weiter schrumpft. Vor vier Jahren hatte er gut 10 Punkte gegenüber der CDU ausgemacht, jetzt waren es nur noch knapp 3 Punkte. Bei den jungen Männern hat die CDU die SPD schon überholt. Da der Stimmenrückgang unter den Männern (- 2,3 Punkte) größer war als unter den Frauen (- 1,3 Punkte), stimmten dieses Mal die Frauen (39,3 %) häufiger für die SPD als die Männer (38,9 %).

Die F.D.P. konnte als einzige der auch 1987 vertretenen Parteien ihre Zweitstimmenzahl und folglich auch ihren Anteil erhöhen. Sie gewann 25 000 Zweitstimmen oder 2 Punkte hinzu und verbesserte sich auf knapp 186 000 oder 11,4 %. Sie erzielte damit ihr drittbestes Ergebnis nach 1961 mit 13,8 % und 1980 mit 12,7 % bei Wahlen in Schleswig-Holstein. Bis auf Nordfriesland-Dithmarschen-Nord erhielt sie in allen Wahlkreisen mehr Zweitstimmen als 1987, und ihre Anteile stiegen in allen Wahlkreisen. Am größten war die Zunahme in Kiel mit 2,8 Punkten. Am besten schnitt sie jedoch in Hzgt. Lauenburg-Stormarn-Süd mit 13,6 % ab.

Die F.D.P.-Anteile waren in den Jahrgängen zwischen 35 und 60 Jahren mit über 13 % am höchsten. Sie sind in allen Altersgruppen gegenüber 1987 gestiegen, und zwar etwas kräftiger bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern. Über ein Drittel der gültigen Zweitstimmen erhielt die F.D.P. jedoch von 45- bis 59jährigen. Die F.D.P. wird nach wie vor etwas häufiger von Männern (11,7 %) als von Frauen (11,2 %) gewählt.

Bei den GRÜNEN halbierte sich die Zweitstimmenzahl ebenso wie ihr Anteil. Für sie stimmten 65 000 oder 4 % der Wählerinnen und Wähler. Der Rückgang tritt in allen Wahlkreisen auf. Sie schnitten in Kiel mit

6,1 % (1987: 10,5 %) am besten und in Ostholstein mit 3,3 % (1987: 6,4 %) am schlechtesten ab.

Die GRÜNEN mußten in allen Altersgruppen der Männer und Frauen deutliche Verluste hinnehmen. Die Tendenz, daß ihre Stimmenanteile umso kleiner werden, je älter die Wählerinnen und Wähler sind, ist erhalten geblieben. Von den jüngeren Wählerinnen und Wählern erhielten sie 8,6 % der gültigen Zweitstimmen und von den ältesten nicht einmal 1 %. Insgesamt gesehen gibt es keinen Unterschied zwischen der Stimmabgabe der Männer und Frauen.

Auf die anderen Parteien entfielen 42 000 oder 2,6 % der gültigen Zweitstimmen, und zwar: DIE GRAUEN 0,6 %, REP 1,2 %, NPD 0,3 %, ÖDP 0,2 % und PDS/Linke Liste 0,3 %. Bis auf die PDS/Linke Liste wurden ihre Stimmen bei der Sitzverteilung nicht berücksichtigt. Die PDS erhielt in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin (Ost) 11,1 % der Zweitstimmen. Damit griff die für diese Wahl geltende Übergangsregelung, die im Abschnitt Wahlrecht dieses Aufsatzes beschrieben worden ist.

### Stimmensplitting

Die Wählerinnen und Wähler haben bei Bundestagswahlen die Möglichkeit, mit den beiden Stimmen verschiedene Wahlvorschläge zu wählen oder nur mit einer Stimme zu wählen und mit der anderen gewollt (Stimmenenthaltung) oder ungewollt ungültig. Bei dieser Bundestagswahl mußten sich die Wählerinnen und Wähler der GRAUEN in 9 der 11 Bundestagswahlkreise, die der ÖDP in 6 und die der PDS/Linke Liste in allen Wahlkreisen für eine Kombination entscheiden, da diese Parteien nicht in allen Wahlkreisen oder in keinem direkt kandidierten. Das gilt außerdem in jeweils einem Wahlkreis für die Wählerinnen und Wähler der CM und des Einzelbewerbers, da diese keine Landesliste aufwiesen. Nicht ganz 15 % oder 216 000 der Wählerinnen und Wähler haben ihre Erst- und Zweitstimme unterschiedlich abgegeben (ungleich gewählt), 1987 waren es 14 % und 1983 nur 11 % gewesen. Die Männer taten dies 1987 häufiger (15 %) als die Frauen (14 %).

Betrachtet man die Altersgruppen, so fällt auf, daß die jüngsten Wählerinnen und Wähler viel häufiger ungleich gewählt haben als die ältesten. Von den 18- bis 24jährigen wählten 22 % ungleich und von den über 59jährigen 9 %. Wegen der unterschiedlichen Besetzung der Altersgruppen stellen aber beide jeweils ein Sechstel der Ungleichwähler. Am stärksten sind die 45-

bis 59jährigen mit fast drei Zehnteln aller Ungleichwähler vertreten. Die Neigung zu kombinieren läßt mit steigendem Alter nach.

Bei sechs ausgewerteten Parteien (CDU, SPD, F.D.P., GRÜNE, REP und PDS/Linke Liste und „ungültig“ wären rein rechnerisch 42 Kombinationen (ohne Gleichwähler) möglich. Da die PDS/Linke Liste keine Direktbewerber aufgestellt hatte, fiel die Kombination „Erststimme PDS/Linke Liste — Zweitstimme Andere“ von vornherein aus, so daß noch 36 Kombinationen übrig blieben. Von diesen kam eine nicht vor (Erststimme REP/Zweitstimme ungültig). Die folgende Übersicht zeigt die sechs häufigsten Kombinationen:

Erststimme	Zweitstimme	in % der Ungleichwähler
CDU	F.D.P.	25,9
SPD	F.D.P.	14,1
SPD	GRÜNE	9,1
GRÜNE	SPD	7,6
F.D.P.	CDU	7,2
SPD	CDU	7,1

Diese sechs Kombinationsfälle machen fast 155 000 oder sieben Zehntel aller aus. Wie man sieht, ragt die Kombination CDU/F.D.P. deutlich heraus. Jeder vierte Ungleichwähler hat mit der Erststimme CDU und mit der Zweitstimme F.D.P. gewählt, jeder siebte mit der Erststimme SPD und mit der Zweitstimme F.D.P..

Fragt man nach der Bedeutung, die die Ungleichwähler für eine Partei haben, so stellt man fest, daß sie für F.D.P. und GRÜNE relativ groß gewesen ist. Von den 169 000 Zweitstimmenwählern der F.D.P. gaben 56 000 oder ein Drittel ihre Erststimme der CDU. Umgekehrt bedeutet dies für die CDU, daß über 8 % ihrer Erststimmenwähler mit der Zweitstimme F.D.P. gewählt haben.

#### Gleich- und Ungleichwähler 1990

	Zweitstimmen	Darunter mit Erststimme für			
		CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE
CDU in 1 000	637	<b>596</b>	16	16	4
in %	100	<b>93,6</b>	2,4	2,4	0,6
SPD in 1 000	579	9	<b>543</b>	6	16
in %	100	1,5	<b>93,8</b>	1,0	2,8
F.D.P. in 1 000	169	56	31	<b>76</b>	4
in %	100	33,1	18,1	<b>44,8</b>	2,5
GRÜNE in 1 000	56	3	20	2	<b>32</b>
in %	100	4,7	34,9	2,7	<b>56,3</b>

Bei der Bundestagswahl 1987 war der Anteil noch größer gewesen. Damals hatten 45 % der Zweitstimmenwähler der F.D.P. ihre Erststimme der CDU gegeben und gut 9 % der Erststimmenwähler der CDU ihre Zweitstimme der F.D.P.. Von den 56 000 Zweitstimmenwählern der GRÜNEN gaben 20 000 oder gut ein Drittel ihre Erststimme der SPD (1987: fast vier Zehntel). Umgekehrt bedeutet dies für die SPD, daß nur 3 % ihrer Erststimmenwähler mit der Zweitstimme die GRÜNEN gewählt haben (1987: knapp ein Zehntel). Von den Zweitstimmenwählern der F.D.P. haben außerdem noch 31 000 oder fast ein Fünftel mit ihrer Erststimme für die SPD gestimmt. Alle anderen Kombinationen fallen weniger ins Gewicht.

Von den 1,5 Mill. Wählerinnen und Wählern haben andererseits 85,5 % oder 1,3 Mill. mit ihrer Erst- und Zweitstimme gleich abgestimmt (Gleichwähler); 1987 waren es 86 % und 1983 sogar 89 % gewesen. Bei der CDU und der SPD ist der Anteil der Gleichwähler wie bei den vorangegangenen Bundestagswahlen überdurchschnittlich. Er macht bei beiden Parteien jeweils 94 % aus. Während er bei der SPD nahezu unverändert geblieben ist, verringerte er sich bei der CDU geringfügig gegenüber 1987.

Ein deutlich anderes Bild ergibt sich für die F.D.P.. Nur 45 % ihrer Zweitstimmenwähler gaben auch ihre Erststimme dieser Partei. Der Anteil der Gleichstimmenwähler hat sich jedoch gegenüber 1987 (knapp vier Zehntel) und vor allem 1983 (ein Viertel) kräftig erhöht. Auch die Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN stimmten dieses Mal häufiger gleich ab (56 %) als 1987 (52,5 %) und 1983 (45 %). Bemerkenswert ist, daß fast sieben Zehntel der Wählerinnen und Wähler, die ungültig gestimmt haben, dies sowohl mit ihrer Erststimme als auch mit der Zweitstimme taten.

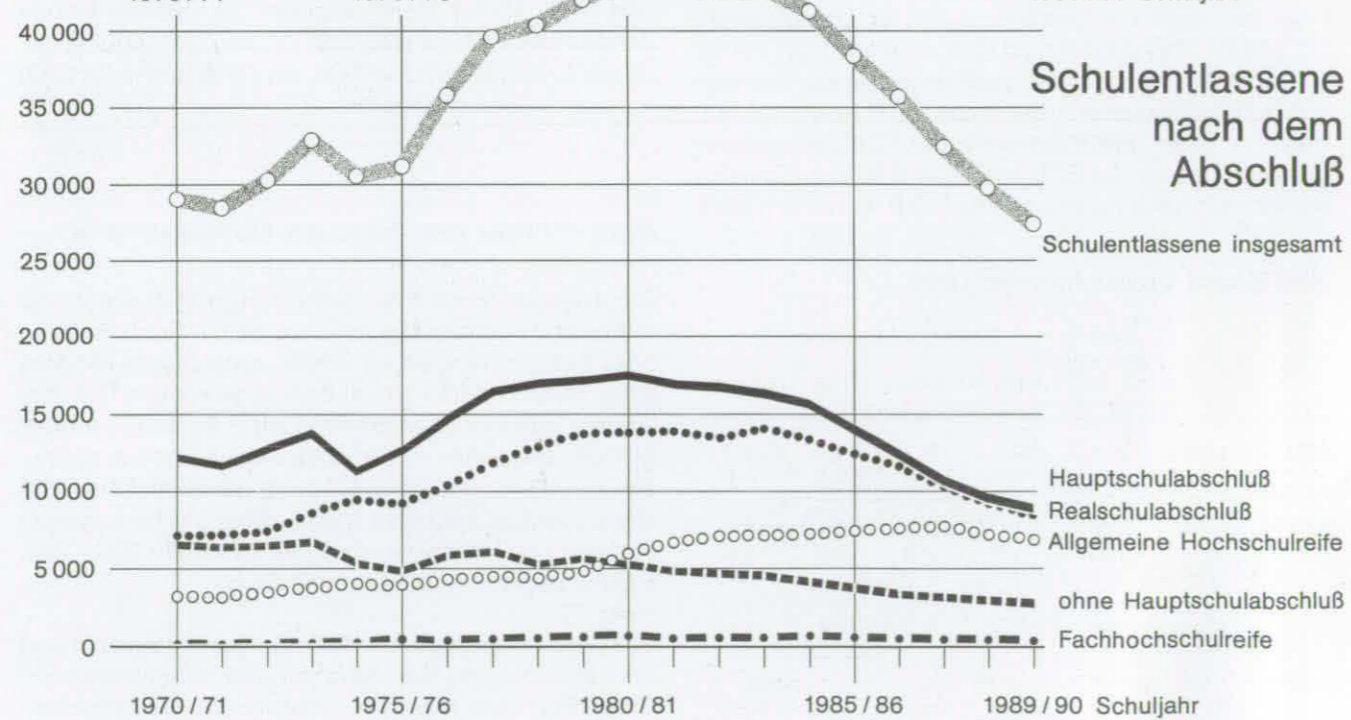
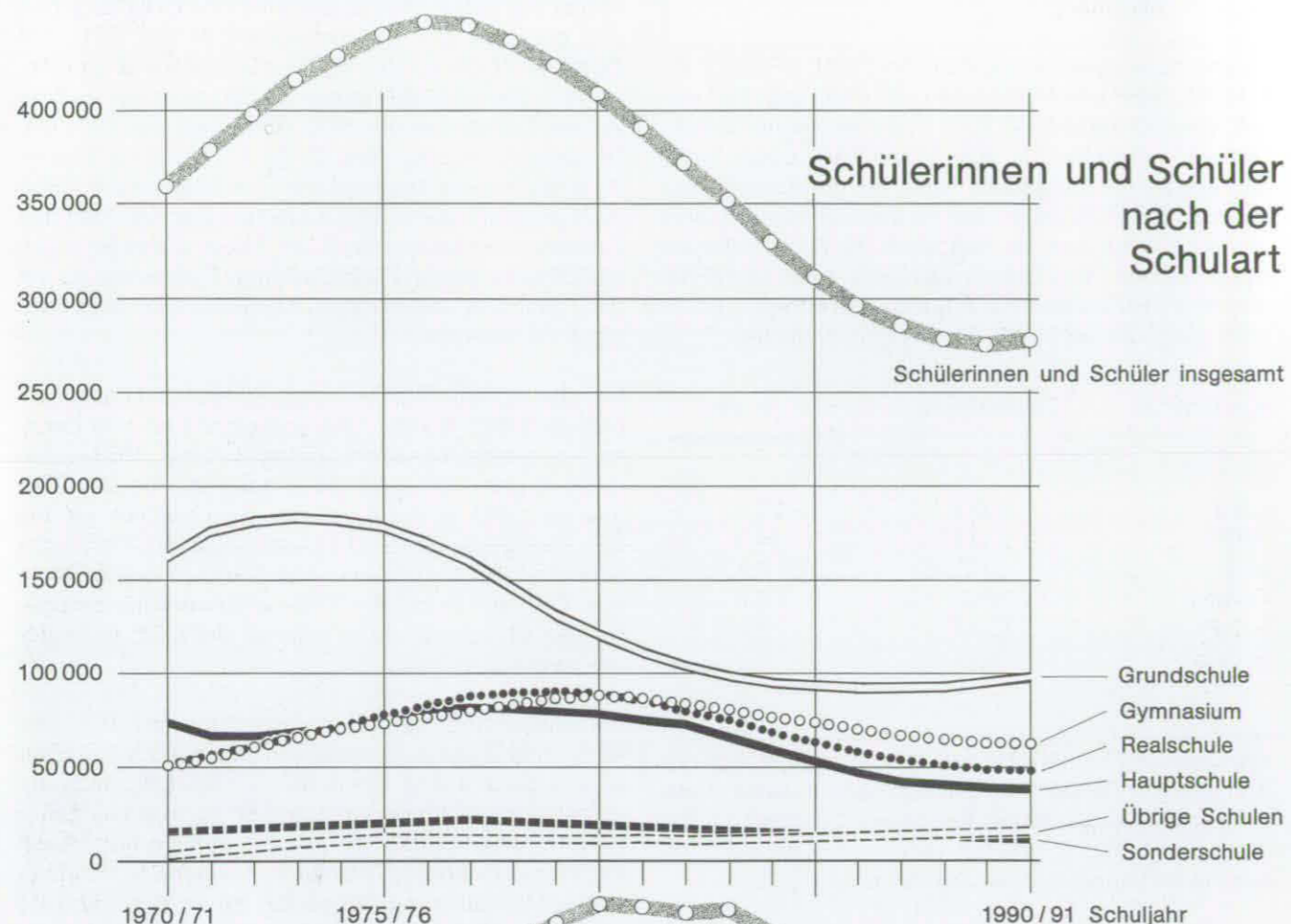
#### Berechnung der Sitze im Bundesgebiet

Durch die bei dieser Wahl geltende Übergangsregelung mußte erst einmal festgestellt werden, welche Parteien oder Listenvereinigungen in den alten Bundesländern einschließlich Berlin (West) oder in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin (Ost) 5 % und mehr der gültigen Zweitstimmen erhalten haben, und bei denen, die unter 5 % geblieben sind, ob sie mindestens drei Direktmandate errungen haben. Dies traf für folgende Parteien und Listenvereinigungen zu: SPD, CDU, CSU, F.D.P., Bündnis 90/Grüne und PDS.

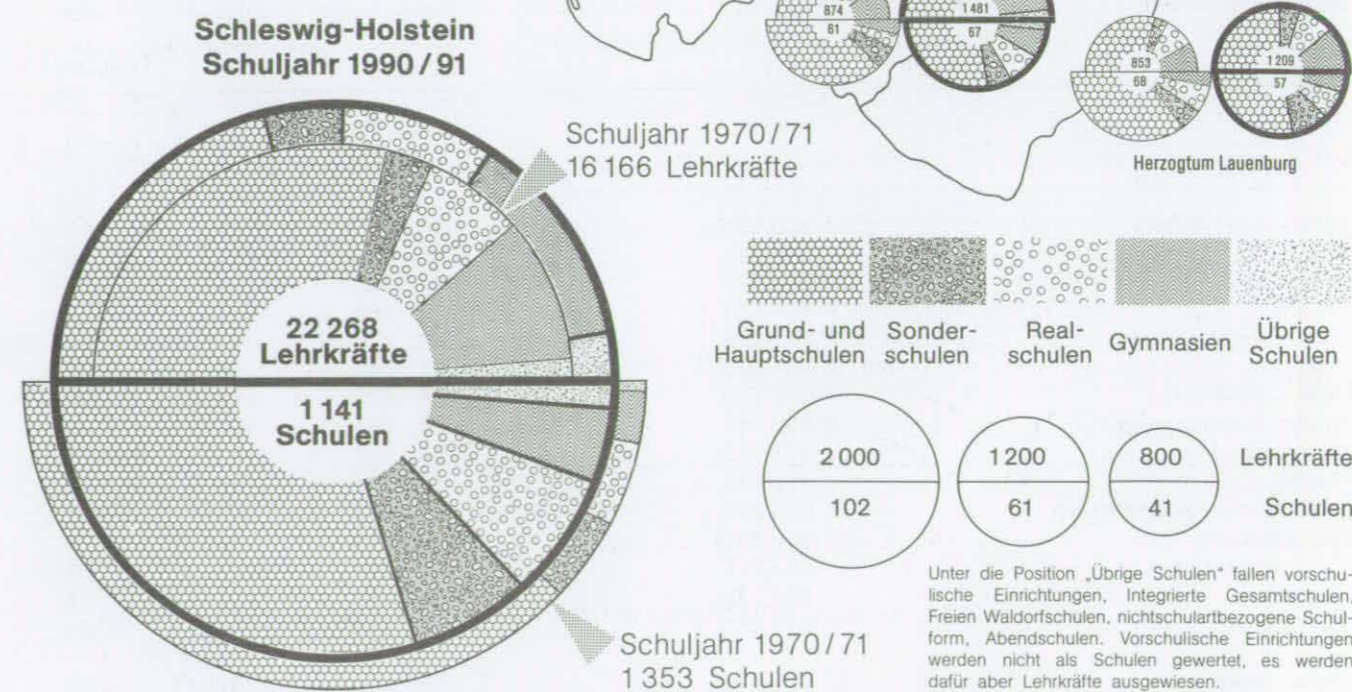
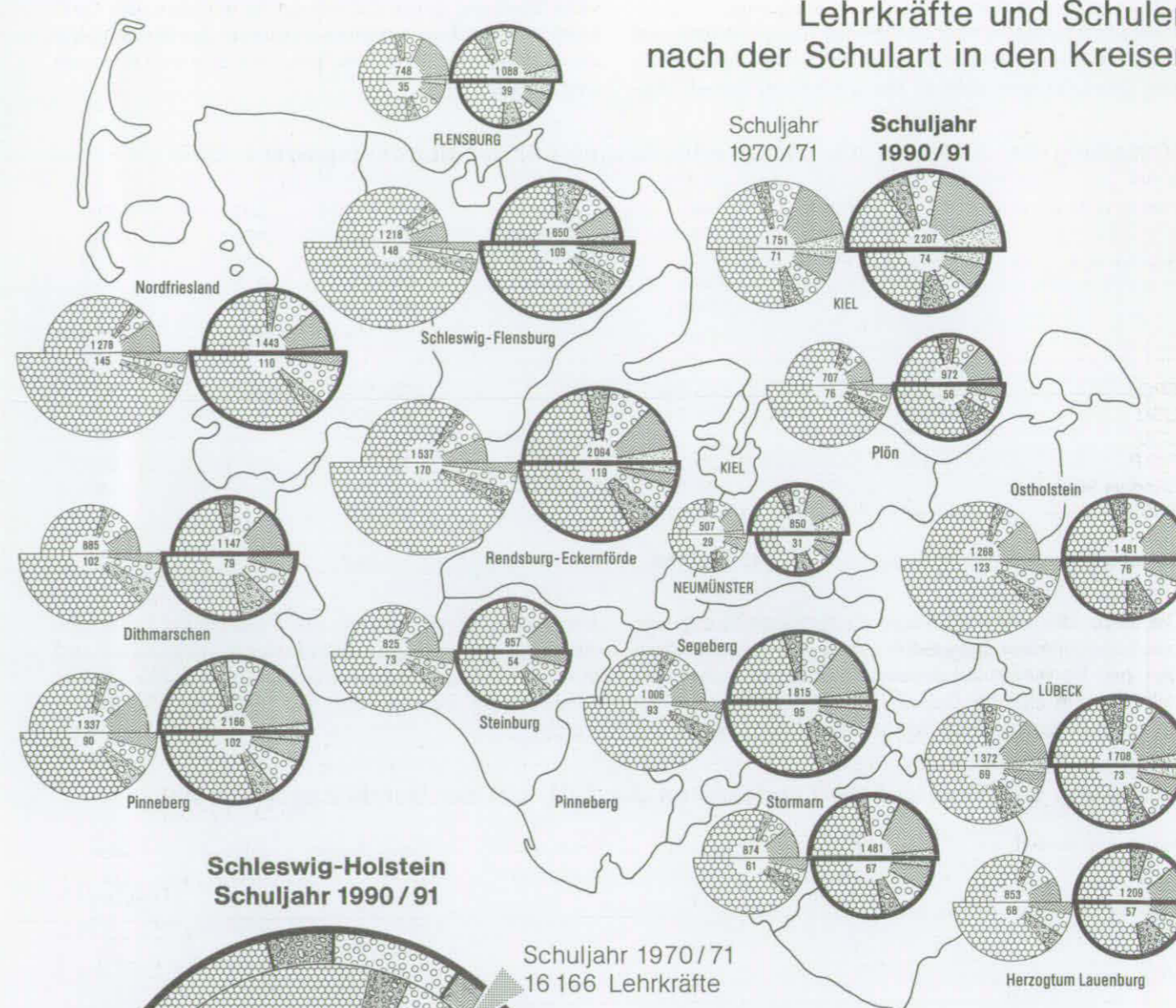
Seit der Bundestagswahl 1987 wird bei der Berechnung der Sitzverteilung das Verfahren der mathematischen Proportion nach Niemeyer angewendet. Die Sitzverteilung

# Allgemeinbildende Schulen in Schleswig-Holstein 1970 bis 1990

D 5930 Stat. LA S-H



## Lehrkräfte und Schulen nach der Schulart in den Kreisen



lung ergibt sich danach wie folgt: Die Zahl 656 der zu vergebenden Sitze wird mit der Zahl der Zweitstimmen der einzelnen Parteien und Listenvereinigungen im Bundesgebiet — also einschließlich der neuen Länder und Berlin (Ost) — multipliziert und durch die Gesamtzahl der Zweitstimmen aller an der Verteilung teilnehmen-

den Parteien und Listenvereinigungen dividiert. Dabei erhalten diese Parteien oder Listenvereinigungen so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Die dann noch zu vergebenden Sitze werden in der Reihenfolge der höchsten Reste verteilt. Danach ergibt sich folgende Sitzverteilung:

**Verteilung der Sitze auf die Listenverbindungen bei der Bundestagswahl 1990**

Partei, Listenvereinigung	Sitze ins- gesamt	Zweit- stimmen nach Par- teien	Zweit- stimmen ins- gesamt	Ganz- Reste zahl- liger An- teil	Sitze nach dem größ- ten Rest	Sitze ins- gesamt
SPD		15 545 366		238, 736	+ 1	239
CDU		17 055 116		261, 922	+ 1	262
CSU	656 X	3 302 980	: 42 715 480 =	50, 725	+ 1	51
F.D.P.		5 123 233		78, 679	+ 1	79
Bündnis 90/Grüne		559 207		8, 587		8
PDS		1 129 578		17, 347		17
<b>Zusammen</b>		<b>42 715 480</b>		<b>652</b>	<b>+ 4</b>	<b>656</b>

Die Sitze, die eine Partei oder Listenvereinigung, wie oben beschrieben, insgesamt erhält, werden nach dem gleichen Verfahren auf die einzelnen Landeslisten verteilt. Es wird also die Gesamtzahl der Sitze einer Partei oder Listenvereinigung im Bundesgebiet mit der

Anzahl der Zweitstimmen der Partei oder Listenvereinigung im jeweiligen Bundesland multipliziert und durch die Anzahl ihrer Zweitstimmen im Bundesgebiet dividiert. Am Beispiel der CDU soll dies dargestellt werden:

**Verteilung der Sitze auf die Landeslisten der CDU bei der Bundestagswahl 1990**

Land	Sitze ins- gesamt	Zweit- stimmen nach Landes- listen	Zweit- stimmen ins- gesamt	Ganz- Reste zahl- liger An- teil	Sitze nach dem größ- ten Rest	Sitze ins- gesamt
Schleswig-Holstein		705 983		10, 845	+ 1	11
Hamburg		359 333		5, 520	+ 1	6
Niedersachsen		2 039 668		31, 333		31
Bremen		122 631		1, 883	+ 1	2
Nordrhein-Westfalen		4 131 698		63, 470		63
Hessen		1 422 262		21, 848	+ 1	22
Rheinland-Pfalz		1 078 796		16, 572	+ 1	17
Baden-Württemberg	262 X	2 529 051	: 17 055 116 =	38, 851	+ 1	39
Saarland		271 310		4, 167		4
Berlin		792 514		12, 174		12
Mecklenburg-Vorpommern		410 940		6, 312		6
Brandenburg		516 617		7, 936	+ 1	8
Sachsen-Anhalt		613 515		9, 424		9
Thüringen		684 743		10, 518	+ 1	11
Sachsen		1 376 055		21, 138		21
<b>Zusammen</b>		<b>17 055 116</b>		<b>254</b>	<b>+ 8</b>	<b>262</b>

Auf die CDU waren insgesamt 262 Sitze zu verteilen. Nach dem ganzzahligen Anteil waren es 254, so daß noch acht Länder mit dem größten Rest zu berücksichtigen waren. Der kleinste noch zum Zuge kommende Rest lautete 518 (Thüringen), und die CDU in Schleswig-Holstein wies einen deutlich höheren Rest von 845 auf. Damit gewann die CDU den 11. Sitz in Schleswig-Holstein deutlich.

Von der errechneten Gesamtzahl der Sitze für eine Partei oder Listenvereinigung in einem Land wird die Anzahl der direkt errungenen Sitze abgezogen, und der verbleibende Rest wird nach der Landesliste verteilt. Hat eine Partei oder Listenvereinigung in einem Land mehr Direktmandate errungen, als ihr dort insgesamt Sitze zustehen, so verbleiben ihr diese als Überhangmandate. Es gibt keinen Verhältnisausgleich, wie er in Schleswig-Holstein bei Kommunalwahlen seit 1966 üblich und für Landtagswahlen neu eingeführt worden ist. Bei Überhangmandaten erhöht sich die Gesamtzahl der in den Bundestag zu wählenden Abgeordneten. Es steht also nicht die Gesamtzahl von 656 Abgeordneten fest, sondern nur die Zahl der Wahlkreisabgeordneten von 328. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl hat es für die CDU sechs Überhangmandate gegeben, und zwar drei in Sachsen-Anhalt, zwei in Mecklenburg-Vorpommern und eins in Thüringen. Der 12. Deutsche Bundestag hat deshalb 662 Mitglieder.

Die tatsächliche Sitzverteilung für das Bundesgebiet und Schleswig-Holstein lautet wie folgt:

	Bundesgebiet			Schleswig-Holstein		
	insgesamt	Wahlkreis	Liste	insgesamt	Wahlkreis	Liste
SPD	239	91	148	10	2	8
CDU	268	192	76	11	9	2
CSU	51	43	8	-	-	-
F.D.P.	79	1	78	3	-	3
Bündnis 90/ Grüne	8	-	8	-	-	-
PDS	17	1	16	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>662</b>	<b>328</b>	<b>334</b>	<b>24</b>	<b>11</b>	<b>13</b>

Genausowenig wie die Gesamtzahl der Sitze im Bundesgebiet feststeht, ist auch die Zahl der Sitze pro Land errechenbar. Schleswig-Holstein bietet gerade bei dieser Wahl ein typisches Beispiel dafür. Da im Bundesgebiet grundsätzlich die gleiche Anzahl von Wahlkreis- und Listensitzen vergeben wird, müßten auf Schleswig-Holstein bei 11 Wahlkreisen 22 Sitze entfallen. Es sind aber 24 gewesen. Nimmt man die Zahl der Wahlberechtigten als Maßstab, so stellt Schleswig-Holstein 3,45 %

der Wahlberechtigten im Bundesgebiet. Legt man diesen Anteil an die Gesamtsitzzahl von 656 an, so ergeben sich 22,63 Sitze. Da die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich war, macht der Anteil der Zweitstimmen 3,5 %, und entsprechend 22,96 Sitze aus. Die überdurchschnittliche Anzahl von Wählern hat also rein rechnerisch eine Erhöhung um einen Sitz bewirkt. Da gleichzeitig CDU und SPD einen überproportionalen Stimmenanteil aufweisen, bewirkten beide Komponenten für Schleswig-Holstein eine um zwei höhere Sitzzahl als 1987.

Für die CDU ziehen 11 Abgeordnete (+ 2) in den neuen Bundestag ein, für die SPD 10 (+ 1) und für die F.D.P. 3 (+ 1). Die GRÜNEN sind nicht mehr vertreten (1987: 2). Unter den 24 Abgeordneten gibt es sechs Frauen, und zwar zwei von der CDU und vier von der SPD.

Walter Dahms



## Regionaler Handel 1990

Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Gebiet der alten Bundesländer ist 1990 vermutlich wieder schneller gewachsen als die seiner wichtigsten Außenhandelspartner. Nach ersten Schätzungen stieg das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik in den Grenzen vor dem Oktober 1990 um fast 5 %. Das sich vertiefende Wachstumsgefälle zum westlichen Ausland, etwa zum EG-Raum oder zu den Vereinigten Staaten, läßt damit auch die Import- und Exportströme unterschiedlich schnell wachsen. Richtung, Umfang und Struktur der Warenströme sind zudem schon 1990 durch die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt, die sich im Zuge der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion entwickelten und mit der staatlichen Vereinigung am 3. Oktober geschaffen wurden. Trotz inzwischen intensiver Handelsverflechtungen zwischen alten und neuen Bundesländern kennt der Außenwirtschaftsverkehr in der ehemaligen DDR und im ehemaligen Gebiet der Bundesrepublik gleichwohl ganz unterschiedliche Bedingungen.

Im Gebiet der ehemaligen DDR versuchten die Unternehmen ihr noch kräftig subventioniertes Exportvolumen in die Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu sichern. Bedeutsam sind dabei vor allem die Lieferungen in die Sowjetunion, die nach dem Einigungsvertrag Vertrauensschutz genießen und bis Ende 1990 auf Basis von Transferrubeln abgerechnet werden. Auf der Importseite andererseits drosselten sie die Einfuhr aus diesen Regionen stark und bezogen stattdessen die von der Bevölkerung vorgezogenen westlichen Produkte vor allem im innerdeutschen Warenverkehr aus den alten Bundesländern. Insgesamt ging 1990 im Gebiet der ehemaligen DDR einschließlich Berlin (Ost) die Ausfuhr um 7,4 % und die Einfuhr um 44 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Es stellte sich dabei ein Ausfuhrüberschuß von 15,2 Mrd. DM ein.

### Ausfuhr

Im alten Gebiet der Bundesrepublik waren die Unternehmen von jeher besonders stark mit der Weltwirtschaft und ihren Konkurrenzmechanismen verflochten. Die Exportwirtschaft stand 1990 hier einer tendenziell rückläufigen Nachfrage des Auslandes nach deutschen

Erzeugnissen gegenüber. Anders als 1989, als die Exporte binnen Jahresfrist noch um 12,9 % zugenommen hatten, stellte sich in den ersten elf Monaten des Jahres 1990 eine Rate von nur 1,0 % ein, in Schleswig-Holstein gingen im gleichen Zeitraum die Exporte gar um 3,9 % zurück — nach einem Zuwachs von 13,2 % im Jahre 1989.

Ursache ist die konjunkturelle Abkühlung in wichtigen Außenhandelsländern Europas und in den Vereinigten Staaten. Auch haben die mit der Abschwächung wirtschaftlicher Aktivitäten einhergehenden Zinssenkungstendenzen in den Vereinigten Staaten, gepaart mit dem sehr großen Kreditbedarf in den neuen Bundesländern — insbesondere durch Beanspruchung des Kapitalmarktes durch Gebietskörperschaften in bisher nicht gekanntem Maße —, indirekt Einfluß auf das Exportgeschäft. Erstmals seit Mitte der siebziger Jahre ist das beiderseitige Zinsgefälle umgekippt: DM-Anlagen werden durchweg höher verzinst als entsprechende Dollaranlagen.<sup>1</sup> Der Ausstieg zinsreagiblen Kapitals aus dem Dollar schwächt dessen Außenwert (zwischenzeitlich erneut unterschrittener historischer Tiefstand November 1990: 1 Dollar entspricht 1,47 DM) und verteuert über die indirekte Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar unsere Exportwaren, die vornehmlich in Dollar abgerechnet werden. Da teurere Exportwaren sich bei obendrein rückläufiger Auslandskonjunktur schlecht vermarkten lassen, waren dem Wachstum des deutschen Exportvolumens 1990 auch von daher enge Grenzen gesetzt.

Die Teuerungstendenz über die Anpassung der Wechselkurse war nicht auf allen Exportmärkten so ausgeprägt. Gegenüber den 18 wichtigsten Industrieländern blieb der Außenwert der D-Mark bemerkenswert stabil. Dies gilt auch für die auf D-Mark-Basis umgerechneten Preise der Gesamtausfuhr; der Ausfuhrpreisindex schwankte im Verlauf des Jahres 1990 nur geringfügig. Allerdings mußten die Exporteure von Gütern der Ernährungswirtschaft fallende Ausfuhrpreise hinnehmen, die von gewerblichen Fertigwaren dagegen setzten noch gut 1 % höhere Exportpreise in allen Monaten des Jahres auf ihren Auslandsmärkten durch.

1) Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Dezember 1990, S. 46

Als weitere Ursache für das geringe Wachstum der Exporte ist denkbar, daß im Prozeß der deutschen Einigung Warenströme in die ehemalige DDR umgelenkt worden sind. Dafür spricht der große und erheblich gewachsene Lieferumfang in die neuen Bundesländer insbesondere auch von Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes — einer angestammten Domäne der deutschen Exportwirtschaft. Zumindest haben sich durch die kräftige, schubartige inländische Nachfrage in diesem Wirtschaftssektor Lieferzeiten verlängert, und damit war die Verfügbarkeit der Produkte auf den Exportmärkten eingeschränkt.

Speziell in Schleswig-Holstein, woher 1989 gerade knapp 2 % der Ausfuhr der alten Bundesländer gestammt hatten, ging der Export in den ersten zehn Monaten des Jahres 1990 um 4,8 % zur Vorjahresperiode zurück. Maßgeblich daran war bei einer Betrachtung nach Warengruppen ein besonders hoher prozentualer Rückgang der Exporte von Gütern der Ernährungswirtschaft (– 20,7 %), während für die gewichtigen Produkte der gewerblichen Wirtschaft, die 1989 82 % des Ausfuhrwertes ausgemacht hatten, ein Rückgang der Exporte um nur 1,3 % festgestellt wurde. Die Exporte der besonders bedeutenden Produktgruppe der gewerblichen Enderzeugnisse schrumpften mit 0,6 % vergleichsweise wenig. Der Export von Maschinenbauerzeugnissen wuchs dem Werte nach sogar, und zwar um 2,2 %.

Der Export Schleswig-Holsteins in die Staatshandelsländer Europas ist mit dem Bedeutungsverlust des osteuropäischen Wirtschaftsverbundes mit 33,7 % besonders stark eingebrochen, sein Anteil an der gesamten Ausfuhr des Landes hatte 1989 noch gut 6 % betragen. Der gerade in diesen Ländern hohe Bedarf an westlichen Investitionsgütern konnte nicht ausreichend befriedigt werden, weil die konvertierbaren Deviseneinnahmen zur Bezahlung nicht ausreichten. Verschärfen mag sich dieser Devisenmangel durch die stark rückläufigen Importe des Gebietes der ehemaligen DDR, das bisher in den RGW-Verbund eingebunden war. Der Ausfall an Exporten in die DDR bedeutet bei den ehemaligen RGW-Staaten in der Regel auch einen Ausfall an konvertierbarer Währung — insbesondere, wenn Anfang 1991 von der Transferrubelverrechnung zur Abwicklung der Außenhandelsgeschäfte in konvertierbarer Währung übergegangen wird.

Auch der Export Schleswig-Holsteins in die Entwicklungsländer hat in den ersten zehn Monaten des Jahres 1990 an Bedeutung verloren, er schrumpfte um 18,5 % gegenüber der gleichen Vorjahresperiode. Fast unverändert blieb im gleichen Zeitraum der Export in die industrialisierten westlichen Länder (+ 0,6 %). Von

**Die Ausfuhr aus Schleswig-Holstein 1990<sup>a</sup> nach der Warengruppe**

Warengruppe	Ausfuhrwert in Mill. DM	Veränderung gegenüber 1989 in %
Ernährungswirtschaft	1 494	– 20,7
darunter		
Nahrungsmittel		
tierischen Ursprungs	797	– 16,4
pflanzlichen Ursprungs	551	– 23,5
Gewerbliche Wirtschaft	8 525	– 1,3
darunter		
Halbwaren	613	– 5,2
Vorerzeugnisse	1 238	– 2,3
Enderzeugnisse	6 522	– 0,6
<b>Insgesamt</b>	<b>10 019</b>	<b>– 4,8</b>

a) vorläufige Zahlen (Januar bis Oktober)

**Die Ausfuhr aus Schleswig-Holstein 1990<sup>a</sup> nach der Ländergruppe**

Ländergruppe	Ausfuhrwert in Mill. DM	Veränderung gegenüber 1989 in %
Industrialisierte westliche Länder	7 944	+ 0,6
davon		
EG-Länder	5 140	+ 0,3
EFTA-Länder	1 529	– 3,0
USA und Kanada	638	+ 12,7
übrige Länder	636	+ 2,0
darunter Japan	234	– 6,0
Entwicklungsländer	1 438	– 18,5
Staatshandelsländer	636	– 26,5
darunter		
in Europa	459	– 33,7
darunter		
Sowjetunion	206	– 35,2
Polen	134	– 49,3
Tschechoslowakei	36	+ 0,9
Ungarn	38	– 18,5
Rumänien	29	+ 270,4
Bulgarien	15	– 24,1
<b>Insgesamt</b>	<b>10 019</b>	<b>– 4,8</b>

a) vorläufige Zahlen (Januar bis Oktober)

großem Volumen sind vor allem die Exporte in die EG-Länder, die über die Hälfte des schleswig-holsteinischen Exports aufnehmen. Ihr Wert stieg im gleichen Zeitraum leicht um 0,3 %.

Kräftiger als im Durchschnitt der alten Bundesländer wuchs der Export Schleswig-Holsteins in die Vereinigten Staaten und Kanada mit 12,7 %. Rückläufig war der Export in die EFTA-Länder (- 3,0 %). In die übrigen industrialisierten westlichen Länder führten die Exporteure Waren mit einem um 2,0 % höheren Wert aus. Der dabei bedeutende Ausfuhrhandel des Landes mit Japan, der 1989 einen Wert von 294 Mill. DM gehabt hatte, ging in den ersten zehn Monaten des Jahres 1990 um 6,0 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zurück.

### Einfuhr

Anders als im Gebiet der ehemaligen DDR, wo die Importe stark rückläufig waren, schwollen sie im Gebiet der alten Bundesländer 1990 um 8,7 % gegenüber dem Vorjahr auf einen neuen Jahreshöchstwert an. Da die Importpreise allgemein rückläufig waren, wuchsen die Importe dem Volumen nach gar um 12 %. Diese Zuwachsrate verdeckt die schubartige Entwicklung in den alten Bundesländern seit dem Vollzug der Währungsunion — insbesondere in den letzten Monaten des Jahres. Im Oktober und November erzielte die Einfuhr mit 53 Mrd. DM und 54 Mrd. DM jeweils eine Größenordnung, die bisher im Gebiet der alten Bundesländer noch nicht festgestellt worden war. Sie lag im November um 22 % über dem Wert des Vorjahresmonats, der ja noch kein Weihnachtsgeschäft im vergrößerten Währungsgebiet gekannt hatte.

Derart hohe Zuwächse der Importe bei geringen Veränderungen der Exporte schlugen auf die Leistungsbilanz durch, deren Überschüsse sich seit der Jahresmitte tendenziell abbauten. Der Saldo in der Außenhandelsbilanz im Gebiet der alten Bundesländer ging von noch 10,6 Mrd. DM im November 1989 auf knapp 0,8 Mrd. DM im November 1990 zurück. Die Deutsche Bundesbank konstatierte daher im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung für das Jahr 1990 einen Wendepunkt in der außenwirtschaftlichen Entwicklung, verbunden mit einem weiteren starken Rückgang der bisher sehr hohen Überschüsse in der Leistungsbilanz. Damit werde Deutschland — als Nutzer der derzeit verfügbaren Überschußkapazitäten im Ausland — zumindest vorübergehend Stütze und Triebkraft der

konjunkturellen Entwicklung der Volkswirtschaften seiner Außenhandelspartner — insbesondere in Westeuropa.<sup>2</sup>

Die hohen Importwerte gehen überwiegend auf die anhaltend hohe Inlandsnachfrage und die konjunkturelle Schubwirkung zurück, die der „Warenhunger“ in den fünf neuen Bundesländern auslöste. Bei allgemein gut ausgelasteten Kapazitäten der Unternehmen im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik konnten entstehende Angebotslücken kurzfristig nur über verstärkte Importe geschlossen werden. Da die neuen Bundesländer selbst ihre Importe reduzierten, wurde zudem ein Teil der Warenbereitstellung über Importe von Unternehmen der alten Bundesländer abgewickelt.

Nach Schleswig-Holstein gelangten etwa 2 % der Einfuhren der alten Bundesländer. Dabei schließt der Nachweis der Einfuhr des Landes — im Gegensatz zu Ausfuhr und Einfuhr des Bundesgebietes — zusätzlich Transaktionen von Waren auf ein Zollager ein, aus dem heraus Güter wieder ins Ausland (z. B. bei Schiffsbedarf) oder in ein anderes Bundesland weitergeleitet werden können. Die Einfuhr ist daher nicht mit dem Verbrauch an ausländischen Waren in Schleswig-Holstein identisch. Für Einfuhren von Waren auf Lager kann das Land nur Zwischenstation sein. Insofern ist der Nachweis der Warenverkehre aus produktions- und verbrauchswirtschaftlicher Sicht eingeschränkt.

2) „Die längerfristige Entwicklung der deutschen Zahlungsbilanz nach Regionen“, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1991, S. 16, 24 f.

### Die Einfuhr nach Schleswig-Holstein 1990<sup>a</sup> nach der Warengruppe

Warengruppe	Einfuhrwert in Mill. DM	Veränderung gegenüber 1989 in %
Ernährungswirtschaft	1 930	+ 5,7
darunter		
Nahrungsmittel		
tierischen Ursprungs	929	+ 19,0
pflanzlichen Ursprungs	746	- 5,7
Gewerbliche Wirtschaft	9 183	+ 11,9
darunter		
Enderzeugnisse	5 490	+ 10,9
<b>Insgesamt</b>	<b>11 113</b>	<b>+ 10,7</b>

a) vorläufige Zahlen (Januar bis Oktober)

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1990 ist der Wert der derart abgegrenzten Importe um 10,7 % gegenüber der Vorjahresperiode gewachsen. Der größte Teil der schleswig-holsteinischen Importe sind Güter der gewerblichen Wirtschaft, nur 18 % der Importe bestanden 1989 aus Waren, die der Ernährungswirtschaft zuzuordnen waren. Ihr Import war in den ersten zehn Monaten des Jahres 1990 um 5,7 % größer als im Vorjahreszeitraum.

Der Wert der Importe gewerblicher Produkte nahm im gleichen Zeitraum um 11,9 % zu. Von den gewerblichen Produkten 1989 waren 28 % als Halbwaren und Vorerzeugnisse importiert worden, deren Wert in den ersten zehn Monaten des Jahres 1990 um 20,5 % und 8,7 % größer war als im Jahr zuvor.

Ein Sonderfall ist in diesen Warengruppen der Ölimport. Durch die Golfkrise ist dessen Wert auch durch gestiegene Weltmarktpreise und höhere Vorratshaltung in den alten Bundesländern angestiegen. In den ersten neun Monaten des Jahres 1990 gaben die Mineralölimporteure dort um 2,1 Mrd. DM oder 13,4 % mehr für Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine aus als noch im selben Zeitraum des Vorjahres. In Schleswig-Holstein wuchs der Rohölimport in den ersten zehn Monaten des Jahres 1990 um 13,4 % bei einem bis dahin aufgelaufenen Importwert von 0,8 Mrd. DM, der Import von Kraftstoffen, Schmieröl und Erdgas war 25,7 % höher als in der vergleichbaren Vorjahresperiode. Die in diesem Zusammenhang bedeutsamen Importe aus Saudi-Arabien nahmen im gleichen Zeitraum um 74,4 % zu. Sie decken wertmäßig knapp 40 % des Importzuwachses in dieser Produktgruppe ab.

Den größten Teil der importierten Produkte der gewerblichen Wirtschaft stellen Fertigwaren — insbesondere Enderzeugnisse — dar. Importierte Enderzeugnisse machten 1989 etwa die Hälfte des gesamten Importwertes des Landes aus. In dieser bedeutenden Gruppe nahm der Wert der Importe in den ersten zehn Monaten des Jahres 1990 um 10,9 % gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode zu. Dazu beigetragen hat insbesondere der Import von Kraftfahrzeugen mit einem Zuwachs in den ersten zehn Monaten des Jahres von 142 Mill. DM oder 48,6 %, von kosmetischen (30 %) und sonstigen chemischen Erzeugnissen (58 %), von Holzwaren (20 %), von elektrotechnischen Erzeugnissen (13 %), von Papierwaren (60 %) und von Bekleidung (12 %).

Von den in den ersten 10 Monaten des Jahres 1990 aufgelaufenen Importen des Landes in Höhe von 11,1 Mrd. DM kommen Importe im Wert von 9,6 Mrd. DM allein aus den industrialisierten westlichen Ländern, 12 % mehr als im Zeitraum des Vorjahres. Stärker war

innerhalb dieser Gruppe noch der Importsog aus den EG- und EFTA-Ländern mit 16 % und 13 %. Die Importe aus den USA und Kanada gingen dem Werte nach um 7 % zurück. Auch für aus Japan und Taiwan nach Schleswig-Holstein eingeführte Waren schrumpfte der Wert um 5 % und 24 % in diesem Zeitraum.

Der Wert der Importe aus Entwicklungs- und Staatshandelsländern nach Schleswig-Holstein ist vergleichsweise gering, nur 10 % und 5 % des Importwertes des Landes waren 1989 diesen Ländergruppen zuzurechnen gewesen. Von Januar bis Oktober 1990 schrumpfte der Anteil der Entwicklungsländer auf 8,3 %, da der Wert der Importe um 9 % sank. Aus den Staatshandelsländern bezogen die Importeure dagegen mehr Güter, der Importwert war um 30 % höher als im Vorjahreszeitraum. Mit den neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten in Osteuropa nahmen vor allem die Importe Schleswig-Holsteins aus der europäischen Staatshandelsländergruppe zu (35 %). Allerdings dominiert der absolut und relativ hohe Anstieg des Wertes der Importe aus Polen (76 %) die Ergebnisse in dieser Ländergruppe. Bescheidenere Zuwächse sind hier nur noch für Ungarn (17 %) und die Tschechoslowakei (15 %) und Bulgarien nachweisbar.

**Die Einfuhr nach Schleswig-Holstein 1990<sup>a</sup> nach der Ländergruppe**

Ländergruppe	Einfuhrwert in Mill. DM	Veränderung gegenüber 1989 in %
Industrialisierte westliche Länder	9 556	+ 12,0
davon		
EG-Länder	5 790	+ 15,8
EFTA-Länder	2 290	+ 13,2
USA und Kanada	608	- 7,1
übrige Länder	869	+ 1,6
darunter Japan	597	- 4,5
Entwicklungsländer	926	- 9,0
Staatshandelsländer	631	+ 29,5
darunter		
Sowjetunion	87	- 2,9
Polen	267	+ 75,6
Tschechoslowakei	39	+ 14,8
Ungarn	40	+ 17,3
Rumänien	6	- 55,2
Bulgarien	5	+ 29,4
<b>Insgesamt</b>	<b>11 113</b>	<b>+ 10,7</b>

a) vorläufige Zahlen (Januar bis Oktober)

### Warenverkehr mit den neuen Bundesländern

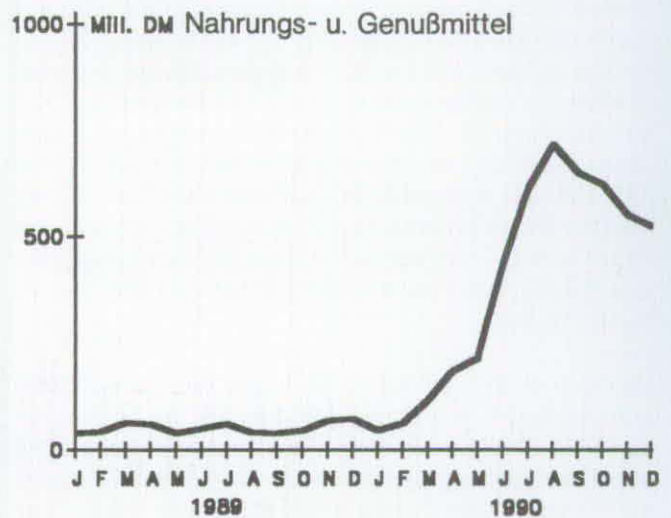
Die gespaltene konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik mit anhaltender Hochkonjunktur im Westen und wirtschaftlicher Talfahrt in den neuen Bundesländern erzwingt dort Hilfen zur strukturellen Anpassung an die Mechanismen der Marktwirtschaft. Um die Wirksamkeit der Förderungsmaßnahmen besser kontrollieren und die wirtschaftliche Entwicklung besser analysieren und prognostizieren zu können, ist bereits im Einigungsvertragsgesetz vorgesehen worden, auch nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Lieferungen und Bezüge im innerdeutschen Warenverkehr zwischen den Teilgebieten befristet statistisch weiter aufzubereiten. Dabei werden nur Lieferungen und Be-

züge der beteiligten Firmen im Wert von mehr als 10 000 DM im Monat nachgewiesen. Lieferungen und Bezüge von elektrischem Strom und Lieferungen in Verbindung mit einer Außenhandelstätigkeit bleiben in diesem Zusammenhang unberücksichtigt. Außerdem erlaubte es eine Umstellung im Erhebungsverfahren ab Juli 1990 bisher nicht, daß alle angefallenen Warenbewegungen berücksichtigt werden konnten.

Danach wurden nach teils noch vorläufigen Ergebnissen von Januar bis Dezember des Jahres 1990 aus dem bisherigen Gebiet der Bundesrepublik Waren im Gesamtwert von 21 Mrd. DM in die neuen Bundesländer und den Ostteil Berlins geliefert. Das waren 163 % mehr als im Zeitraum des Vorjahres. Tendenziell nahmen die

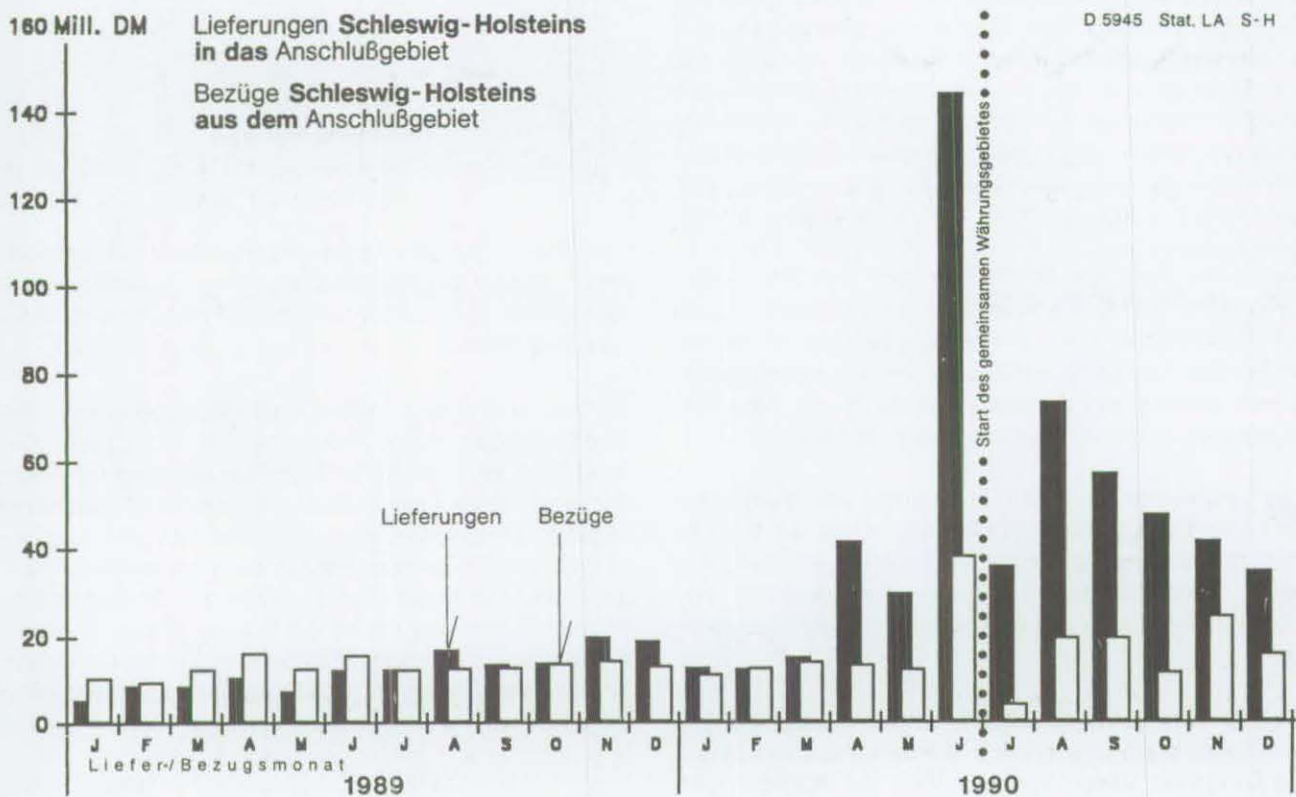
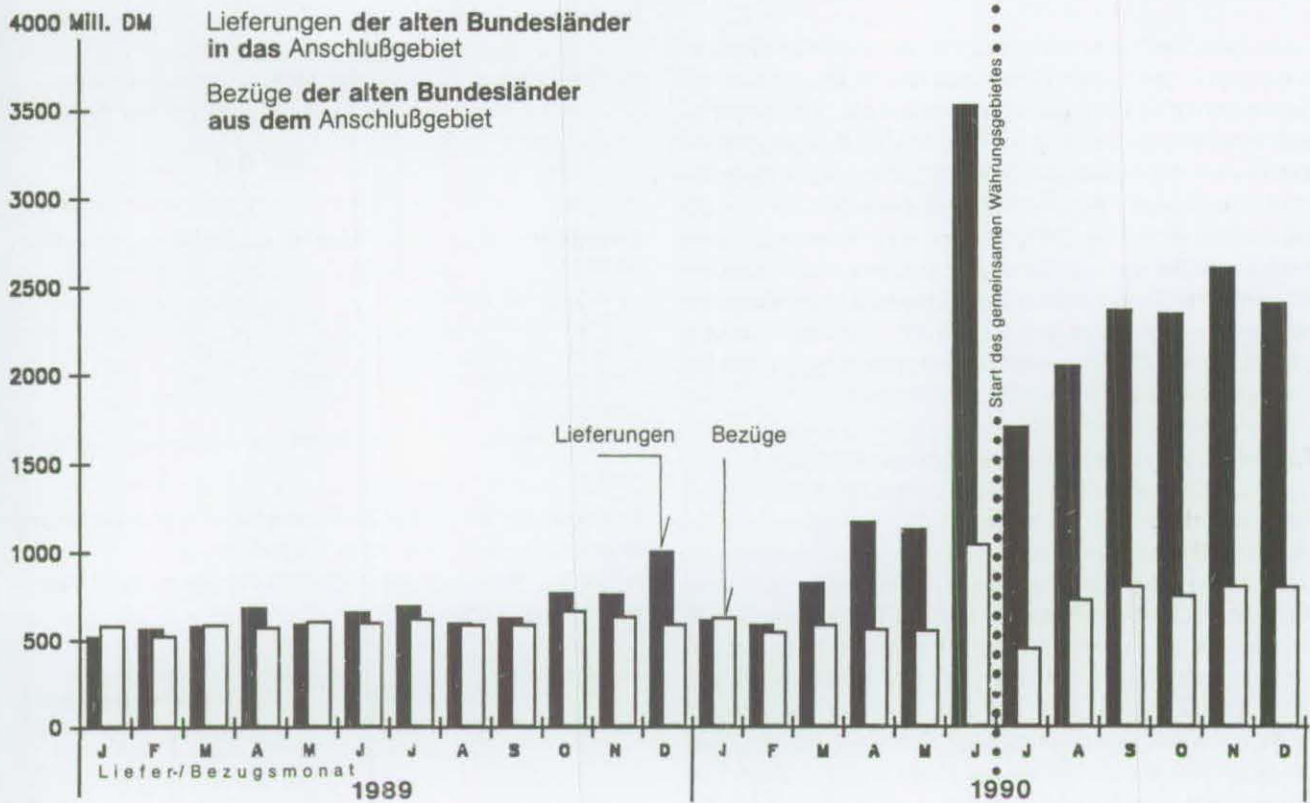
### Lieferungen aus den alten Bundesländern in die neuen Bundesländer (vorläufige Zahlen)

D 5943 Stat. LA S-H



Entwicklung des innerdeutschen Warenverkehrs 1989 und 1990 (vorläufige Zahlen)

D 5944 Stat. LA S-H



Lieferungen von Monat zu Monat erheblich zu, so waren sie etwa im November gut viermal so hoch wie noch im Januar und um 241 % größer als vor Jahresfrist.

Außergewöhnlich sprunghaft war der Anstieg der Lieferungen in die neuen Bundesländer im Monat Juni mit den Startvorbereitungen zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990. In den Folgemonaten setzte sich die Aufwärtsentwicklung dann auf abgesenktem Niveau weiter fort. Außergewöhnlich dynamisch entwickelten sich die Lieferungen von Nahrungs- und Genußmitteln wie von Investitionsgütern in der zweiten Jahreshälfte. Dabei haben Lieferungen von Straßenfahrzeugen — insbesondere von PKW zwischen ein und zwei Liter Hubraum — diese Entwicklung im Investitionsgüterbereich besonders getragen.

Auch aus Schleswig-Holstein gab es kurz vor Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion sprunghaft höhere Lieferungen in die neuen Bundesländer. In der zweiten Jahreshälfte konnte aber das Vormonatsniveau, obwohl inzwischen gesunken, nicht immer gehalten werden. Schleswig-Holstein hatte am Wert der Lieferungen der alten in die neuen Bundesländer in den ersten drei Quartalen mit 422 Mill. DM einen Anteil von 3 %. Der Zuwachs war mit 338 % mehr als doppelt so hoch wie im gesamten alten Bundesgebiet. Überproportional war der Anteil der Lieferungen von Investitionsgütern wie der von Nahrungs- und Genußmitteln.

Daß die neuen Bundesbürger den Nahrungs- und Genußmitteln, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR produziert wurden, westliche Produkte vorzogen, hat den Erzeugnissen aus Schleswig-Holstein einen überdurchschnittlichen Lieferanteil gebracht. Wertmäßig herausragend in dieser Warengruppe war für die alten Bundesländer insgesamt etwa die Lieferung von Tafel-schokolade und regelähnlichen Schokoladenerzeugnissen, Speiseeis und Eiscreme, Joghurt mit Zusätzen, Margarine und Ölen, Röstkaffee, Bier, Trinkbranntwein, Limonaden und Colagetränken wie insbesondere auch von Zigaretten — allein im Wert von 630 Mill. DM in den ersten drei Quartalen. Nutznießer der sprunghaft gestiegenen Lieferungen war auch der Fiskus, der stets über (spezielle) Verbrauchsteuern daran teilhatte.

Der vergleichsweise hohe Lieferanteil des Landes bei den Investitionsgütern geht insbesondere auf Maschinenbauerzeugnisse zurück. Bedeutsam waren in diesem Produktsegment auch Lieferungen von Straßenfahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen.

Aus den fünf neuen Bundesländern und aus dem Ostteil Berlins bezogen die alten Bundesländer von Januar bis Dezember 1990 Waren im Wert von 8,3 Mrd. DM,

**Lieferungen aus den alten in die neuen Bundesländer und in den Ostteil Berlins nach der Warengruppe (Januar-September 1990) (vorläufige Zahlen)**

Warengruppe	Insgesamt	Darunter aus Schleswig-Holstein	
	Mill. DM	Mill. DM	%
<b>Insgesamt</b>	<b>13 974</b>	<b>422</b>	<b>3,0</b>
darunter			
Grundstoffe und Produktionsgüter	2 947	41	1,4
Investitionsgüter	4 394	152	3,5
Verbrauchsgüter	1 542	30	1,9
Nahrungs- und Genußmittel	3 036	119	3,9

**Bezüge der alten Bundesländer aus den fünf neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins nach der Warengruppe (Januar-September 1990) (vorläufige Zahlen)**

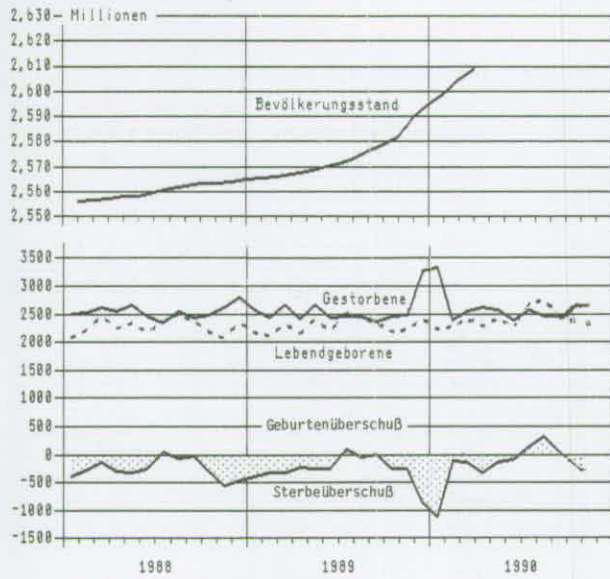
Warengruppe	Insgesamt	Darunter aus Schleswig-Holstein	
	Mill. DM	Mill. DM	%
<b>Insgesamt</b>	<b>5 913</b>	<b>146</b>	<b>2,5</b>
darunter			
land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse	496	31	6,3
Grundstoffe und Produktionsgüter	2 699	50	1,9
Investitionsgüter	907	31	3,4
Verbrauchsgüter	1 315	21	1,6
Nahrungs- und Genußmittel	367	12	3,3

das sind 15 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieser vergleichsweise geringe Zuwachs verteilt sich zudem recht unregelmäßig auf die einzelnen Monate des Jahres.

Schleswig-Holstein hatte an den Bezügen aller alten Bundesländer einen Anteil von 2,5 %. Überdurchschnittlich hoch ist dieser Anteil bei den Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft, die wesentlich aus pflanzlichen Erzeugnissen der Landwirtschaft und aus gewerblichen Gartenbauerzeugnissen bestanden. Stark gewachsen ist besonders der Wert der Bezüge von lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen. In dieser Warengruppe war wertmäßig bedeutsam der Bezug von Schlachtvieh, Milch und Hühnereiern durch die alten Bundesländer.

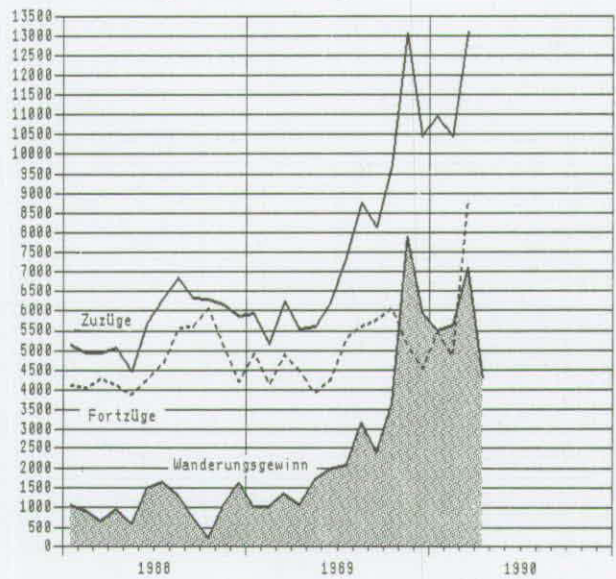
Gerd Scheel

Bevölkerungsstand

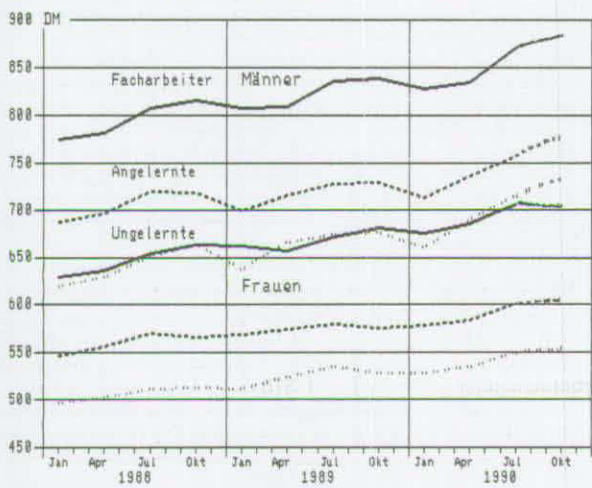


Bevölkerungsveränderung

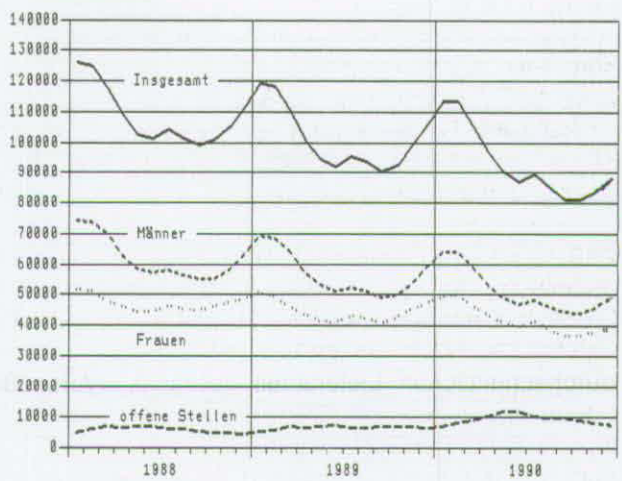
D 5867 - A Stat. LA S-H



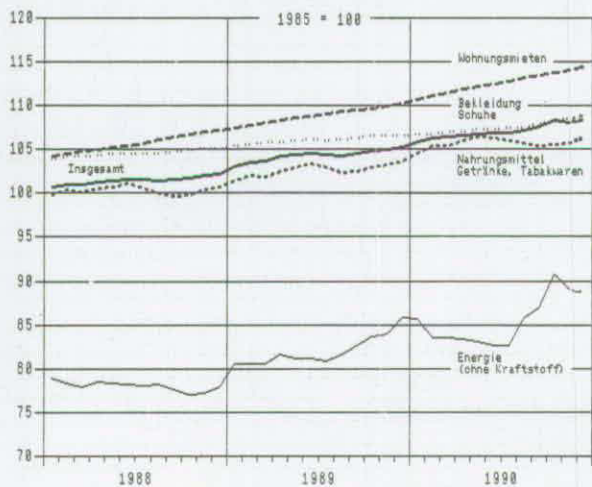
Bruttowochenverdienste



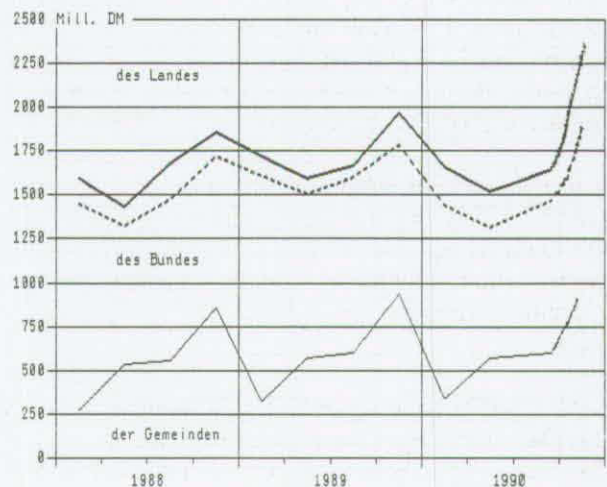
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen

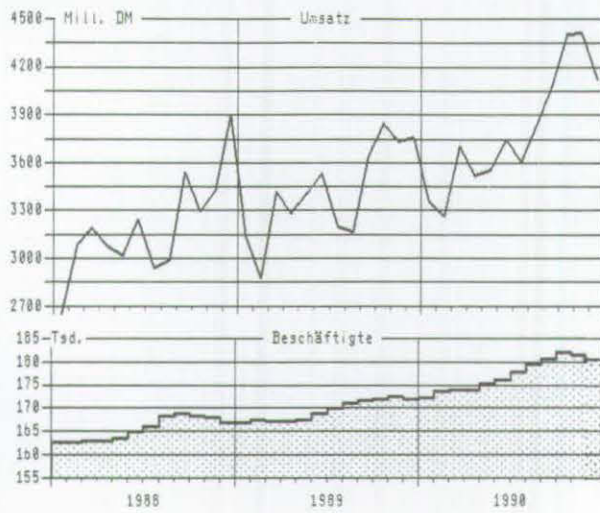




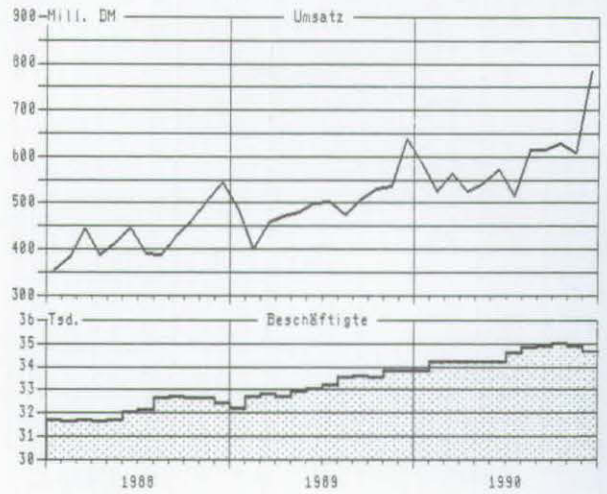
Verarbeitendes Gewerbe

D 5849-B Stat. LA S-H

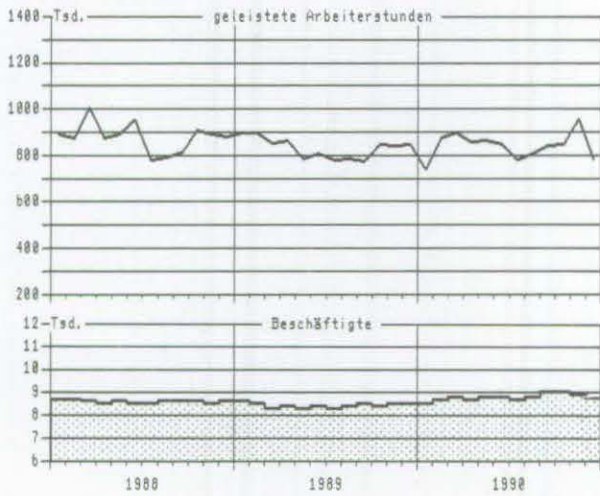
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



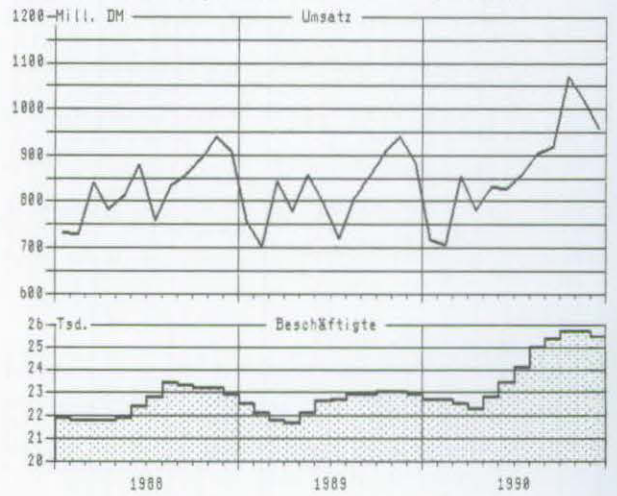
darunter Maschinenbau



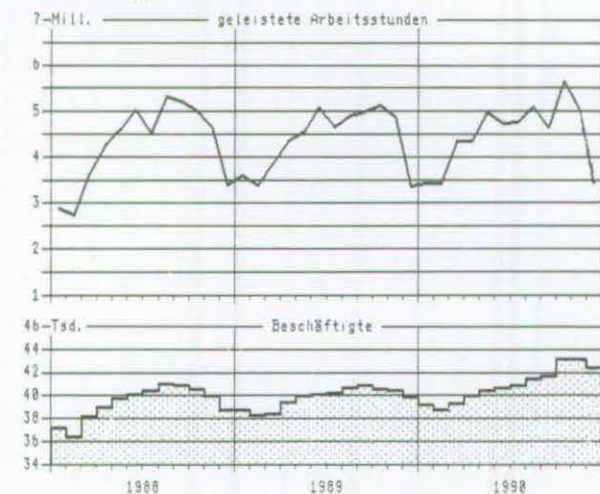
darunter Schiffbau



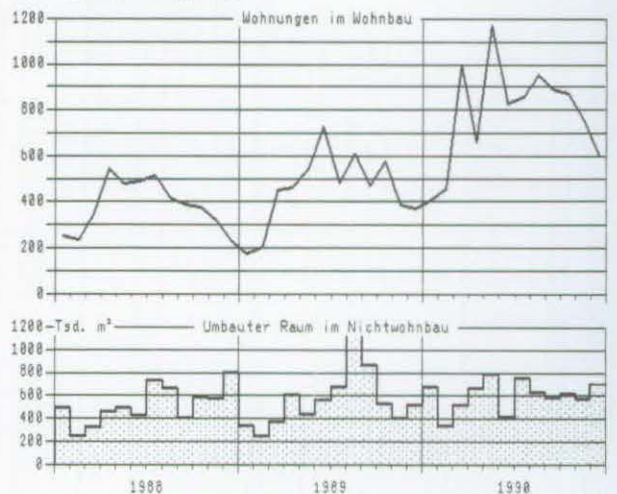
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

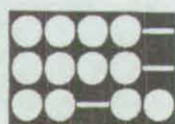


Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen





## *Zahlenbeilage*

---

<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

## *Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein*

# Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
<b>VERARBEITENDES GEWERBE<sup>1)</sup></b>		Januar 1991		Januar bis Dezember 1990	
Beschäftigte	1 000	181	+ 5,1	177	+ 4,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	17	+ 4,6	16	+ 4,7
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	692	+ 11,4	693	+ 9,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 955	+ 17,9	3 797	+ 11,2
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 182	+ 28,4	2 949	+ 13,7
Auslandsumsatz	Mill. DM	773	- 11,9	849	+ 3,6
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 607	+ 31,1	2 229	- 2,0
aus dem Inland	Mill. DM	1 957	+ 48,5	1 503	+ 4,6
aus dem Ausland	Mill. DM	649	- 3,0	727	- 13,1
Energieverbrauch	1 000 t SKE	.	.	202	+ 6,4
<b>BAUHAUPTGEWERBE<sup>2)</sup></b>					
Beschäftigte	1 000	42	+ 7,4	42	+ 5,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	4	+ 12,0	5	+ 5,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	121	+ 19,5	133	+ 13,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	364	+ 43,5	462	+ 18,3
Auftragseingang <sup>3)</sup>	Mill. DM	218	+ 40,8	282	+ 19,3
<b>BAUGENEHMIGUNGEN<sup>4)</sup></b>					
Wohnbau	Wohnungen	...	...	996	+ 50,8
Nichtwohnbau	1 000 m <sup>3</sup> umbauter Raum	...	...	602	+ 8,2
<b>EINZELHANDEL</b>			Dezember 1990		
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	158,1	+ 8,7	130,1	+ 11,9
<b>GASTGEWERBE</b>					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	107,3	+ 8,6	117,7	+ 5,8
<b>FREMDENVVERKEHR<sup>5)</sup></b>					
Ankünfte	1 000	162	+ 10,9	317	+ 10,2
Übernachtungen	1 000	580	+ 14,0	1 616	+ 9,9
<b>ARBEITSMARKT</b>			Januar 1991		
Arbeitslose	Anzahl	94 192	- 17,0	93 621	- 7,5
<b>AUSSENHANDEL</b>			Dezember 1990	Januar bis Dezember 1990	
Ausfuhr	Mill. DM	864,7	- 13,9	996,9	- 4,7
<b>KREDITE (Bestand am Monatsende)<sup>6)</sup></b>			Dezember 1990	Januar bis Dezember 1990	
kurzfristige Kredite	Mill. DM	10 451	+ 11,9	9 990	+ 10,3
mittel- und langfristige Kredite <sup>7)</sup>	Mill. DM	53 362	+ 3,0	52 456	+ 2,8

Fußnoten nächste Seite

# Daten zur Konjunktur Land und Bund im Vergleich

Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %

		Januar bis Dez. 1990	Febr. 1990	März 1990	April 1990	Mai 1990	Juni 1990	Juli 1990	Aug. 1990	Sept. 1990	Okt. 1990	Nov. 1990	Dez. 1990	Jan. 1991
<b>VERARBEITENDES GEWERBE<sup>1)</sup></b>														
Beschäftigte	Land	p + 4,6	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,1	+ 4,6	+ 4,5	+ 4,7	+ 5,0	+ 5,4	+ 5,9	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,1
	Bund	p + 2,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,7	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	p + 4,7	+ 4,4	+ 8,0	- 0,0	+ 9,0	+ 1,5	+ 2,6	+ 8,0	+ 4,9	+ 6,2	+ 6,7	+ 3,3	+ 4,6
	Bund	p + 1,7	+ 2,3	+ 4,9	- 2,8	+ 10,2	- 6,3	+ 4,6	+ 2,7	- 0,2	+ 2,7	+ 1,8	- 0,7	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	p + 9,9	+ 6,7	+ 7,1	+ 8,0	+ 10,7	+ 11,4	+ 13,2	+ 9,9	+ 11,1	+ 12,9	+ 8,0	+ 12,1	+ 11,4
	Bund	p + 7,8	+ 7,1	+ 5,4	+ 6,9	+ 9,9	+ 7,8	+ 8,4	+ 7,7	+ 6,5	+ 8,9	+ 8,3	+ 7,6	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	p + 11,2	+ 13,2	+ 8,3	+ 7,3	+ 4,4	+ 6,2	+ 12,8	+ 21,3	+ 11,9	r + 14,3	r + 18,1	r + 9,8	+ 17,9
	Bund	p + 7,0	+ 6,8	+ 9,6	- 1,8	+ 14,2	- 2,5	+ 10,3	+ 8,9	+ 5,6	+ 11,0	+ 9,7	+ 3,4	...
Inlandsumsatz	Land	p + 13,7	+ 12,2	+ 8,1	+ 6,1	+ 5,0	+ 9,3	+ 18,8	+ 23,3	+ 21,3	r + 19,3	r + 20,7	r + 11,1	+ 28,4
	Bund	p + 9,5	+ 8,1	+ 9,5	- 1,8	+ 15,0	- 0,2	+ 13,5	+ 12,9	+ 9,0	+ 15,7	+ 14,8	+ 7,5	...
Auslandsumsatz	Land	p + 3,6	+ 16,5	+ 8,9	+ 10,9	+ 2,4	- 3,0	- 6,2	+ 14,0	- 14,0	- 0,7	+ 9,4	+ 5,0	- 11,9
	Bund	p + 1,4	+ 4,1	+ 9,8	- 1,6	+ 12,6	- 7,3	+ 2,9	- 0,5	- 2,3	+ 0,4	- 2,0	- 5,9	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	p - 2,0	+ 1,8	+ 23,5	- 0,5	+ 21,0	- 20,7	+ 5,6	- 12,6	- 2,0	r - 3,7	r - 17,2	r + 7,4	+ 31,1
	Bund	p + 5,8	+ 5,0	+ 7,9	- 2,8	+ 12,4	- 5,2	+ 10,3	+ 11,7	+ 6,3	+ 12,8	+ 7,9	- 0,7	...
aus dem Inland	Land	p + 4,6	+ 3,9	+ 5,8	+ 3,3	+ 31,4	- 23,1	+ 11,5	- 1,2	+ 26,4	r + 6,3	r + 1,4	r + 8,9	+ 48,5
	Bund	p + 10,0	+ 5,7	+ 3,7	- 1,8	+ 17,1	- 3,3	+ 14,3	+ 20,3	+ 10,6	+ 18,7	+ 17,9	+ 7,4	...
aus dem Ausland	Land	p - 13,1	- 2,1	+ 55,9	- 7,8	+ 0,1	- 15,0	- 6,7	- 31,4	- 37,6	- 23,5	- 34,0	+ 4,3	- 3,0
	Bund	p - 1,1	+ 3,8	+ 15,1	- 4,4	+ 4,9	- 8,5	+ 3,4	- 2,8	- 1,1	+ 2,7	- 7,6	- 13,5	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	p + 6,4	+ 4,9	-----	-----	+ 3,5	-----	-----	+ 24,2	-----	-----	-----	+ 2,9	-----
	Bund	...	- 0,1	-----	-----	- 1,5	-----	-----	- 0,8	-----	-----	...	-----	...
<b>BAUHAUPTGEWERBE<sup>2)</sup></b>														
Beschäftigte	Land	+ 5,1	+ 1,4	+ 6,3	+ 5,4	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,6	+ 5,7	+ 5,9	+ 6,2	+ 6,6	+ 6,7	+ 7,4
	Bund	...	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 4,0	+ 3,7	...	...
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 5,2	+ 0,9	+ 17,5	+ 4,0	+ 14,6	- 3,1	+ 7,2	+ 8,9	- 2,6	+ 10,0	+ 4,1	+ 4,2	+ 12,0
	Bund	...	+ 3,0	+ 10,3	- 2,7	+ 13,1	- 11,5	+ 6,9	- 2,6	- 3,5	+ 4,3	+ 0,7	...	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 13,9	+ 4,8	+ 11,6	+ 18,3	+ 15,1	+ 8,4	+ 16,2	+ 12,4	+ 7,5	+ 18,0	+ 21,2	+ 20,7	+ 19,5
	Bund	...	+ 7,2	+ 7,8	+ 11,4	+ 10,9	+ 5,0	+ 11,9	+ 6,7	+ 5,5	+ 13,6	+ 17,0	...	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 18,3	+ 4,7	+ 17,9	+ 24,6	+ 28,6	+ 7,1	+ 21,7	+ 34,1	+ 13,6	+ 20,9	+ 17,8	+ 19,5	+ 43,5
	Bund	...	+ 11,9	+ 13,2	+ 10,0	+ 24,4	+ 1,9	+ 13,1	+ 12,0	+ 6,5	+ 12,2	+ 13,3	...	...
Auftragseingang <sup>3)</sup>	Land	+ 19,3	+ 39,6	+ 28,3	+ 49,7	+ 6,6	+ 12,3	+ 7,3	+ 18,2	+ 23,5	+ 22,9	+ 5,4	+ 35,0	+ 40,8
	Bund	...	+ 29,4	+ 20,9	+ 8,4	+ 15,4	+ 11,7	+ 11,6	+ 9,0	+ 8,6	+ 17,8	+ 17,5	...	...
<b>BAUGENEHMIGUNGEN<sup>4)</sup></b>														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 50,8	+ 63,4	+ 85,5	+ 30,3	+ 85,4	+ 9,8	+ 54,5	+ 42,5	+ 61,9	+ 37,3	+ 62,2	+ 42,3	...
	Bund	...	+ 39,8	+ 61,6	+ 38,2	+ 40,2	+ 33,4	+ 33,0	+ 32,6	+ 34,4	...	...	...	...
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	+ 8,2	+ 33,5	+ 39,0	+ 9,7	+ 81,2	- 25,8	+ 11,2	- 46,2	- 33,3	+ 17,7	+ 39,6	+ 41,3	...
	Bund	...	+ 5,0	+ 40,8	+ 3,4	+ 3,1	- 7,0	+ 2,4	+ 7,1	+ 16,8	...	...	...	...
<b>EINZELHANDEL</b>														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	p + 11,9	p + 7,6	p + 5,9	p + 10,4	p + 9,7	p + 7,2	p + 18,8	p + 20,1	p + 10,4	p + 19,1	p + 15,1	p + 8,7	...
	Bund	+ 4,8	+ 7,3	+ 7,0	+ 6,9	+ 11,6	+ 3,9	+ 16,9	+ 15,4	+ 11,7	+ 15,5	+ 13,6	+ 6,1	...
<b>GASTGEWERBE</b>														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	p + 5,8	p + 4,2	p - 6,5	p + 15,5	p - 1,1	p + 8,8	p + 4,4	p + 10,3	p + 5,0	p + 9,1	p + 6,6	p + 8,6	...
	Bund	p + 5,1	p + 6,2	p + 2,6	p + 4,2	p + 7,1	p + 5,1	p + 5,1	p + 7,4	p + 3,5	p + 6,7	p + 3,8	...	...
<b>FREMDENVERKEHR<sup>5)</sup></b>														
Ankünfte	Land	+ 10,2	+ 11,9	- 9,8	+ 22,9	+ 4,1	+ 17,4	+ 5,8	+ 12,6	+ 9,4	+ 13,4	+ 16,5	+ 10,9	...
	Bund	...	+ 3,6	+ 5,4	+ 3,1	+ 10,4	+ 7,8	+ 7,3	+ 8,0	+ 5,4	+ 5,2	...	...	...
Übernachtungen	Land	+ 9,9	+ 10,9	- 24,0	+ 39,6	+ 4,9	+ 21,1	+ 6,7	+ 6,1	+ 10,7	+ 15,2	+ 10,7	+ 14,0	...
	Bund	...	- 0,2	- 4,8	+ 12,9	+ 5,1	+ 9,1	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,2	+ 6,1	...	...	...
<b>ARBEITSMARKT</b>														
Arbeitslose	Land	- 7,5	- 3,6	- 4,3	- 3,8	- 4,6	- 5,7	- 6,3	- 8,9	- 10,0	- 12,7	- 15,8	- 16,6	- 17,0
	Bund	- 7,6	- 6,6	- 7,6	- 5,9	- 6,4	- 5,6	+ 5,5	- 6,6	- 8,1	- 9,9	- 13,6	- 13,1	- 14,5
<b>AUSSENHANDEL</b>														
Ausfuhr	Land	p - 4,7	+ 16,8	+ 1,4	- 0,1	+ 13,3	- 21,8	- 4,7	+ 0,7	- 23,8	- 5,2	+ 5,1	- 13,9	...
	Bund	...	+ 3,3	+ 10,5	- 1,9	+ 9,3	- 16,9	+ 4,6	- 0,6	- 8,5	+ 3,6	- 0,4	- 8,1	...
<b>KREDITE (Bestand am Monatsende)<sup>6)</sup></b>														
kurzfristige Kredite	Land	+ 10,3	+ 11,3	+ 12,7	+ 11,2	+ 10,5	+ 12,5	+ 8,9	+ 9,6	+ 8,1	+ 8,5	+ 8,2	+ 11,9	...
	Bund	...	+ 12,2	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
mittel- und langfristige Kredite <sup>7)</sup>	Land	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,0	...
	Bund	...	+ 7,3	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1  
2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1  
3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten  
4) Nur Errichtung neuer Gebäude  
5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)  
6) Land: an inländische Unternehmen und Private ) ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken  
Bund: an in- und ausländische Unternehmen und Private )  
7) einschließlich durchlaufender Kredite  
p = vorläufige Zahl  
r = berichtete Zahl

# Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen <sup>1)</sup>					
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000			in 1 000			
1985	2 614	5,8	8,8	12,0	- 8	9	1 146	60	351	244	492
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518
1987 <sup>a</sup>	2 554	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup>						
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1980			
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
	in 1 000													
1985	144	14	62	73	2	10	37	32	21	63 993	2,5	55 218	0,2	94
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 583	5,6	56 805	2,9	95
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	69 346	2,6	57 086	0,5	94
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	72 420	4,4	58 637	2,7	93
1989	133	12	48	62	2	.	.	.	.	75 846	4,7	59 503	1,5	...

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung <sup>5)</sup>		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner <sup>4)</sup>	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe <sup>3)</sup>									
	in 1 000										
1985	1 592	526	1 743	2 995	549	2 944	2 600	4 853	2 240	178	776
1986	1 540	514	1 718	3 214	547	2 759	2 612	5 020	2 437	152	769
1987	1 497	480	1 632	.	530	2 648	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	479	2 580	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491	480	1 451	.	449	2 331	2 411	5 014	1 342	141	753

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>6)</sup>											Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				Beschäft- igte am 30. 6. in 1 000
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom <sup>7)</sup>	
	in 1 000											
	Mill. DM											
	1 000 t SKE <sup>8)</sup>											
1985	166	114	192	3 829	2 597	36 550	7 873	200	1 207	556	318	42
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	354	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40

1) Ergebnis der Volkszählung

2) ab 1987 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenerzeugung

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr			Fremdenverkehr <sup>3)</sup>				
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	von Auslands-gästen
1985	8	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 133 <sup>a)</sup>	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	24	1 141	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	379	17 181	724
1989	8	8	...	...	12 555 <sup>b)</sup>	6 169 <sup>b)</sup>	1 898 <sup>b)</sup>	10 337 <sup>b)</sup>	3 448	444	17 650	866

Jahr	Kfz-Bestand <sup>4)</sup> am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden				Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge		
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw <sup>5)</sup>	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte	Spar-einlagen <sup>6)</sup> am 31. 12. in Mill. DM	ins-gesamt		Hilfe zum Lebensunterhalt			
									Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM			Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1985	1 265	54	1 057	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	84,8 <sup>c)</sup>	66,9		
1986	1 305	54	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7		
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2		
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7		
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8		

Jahr	Steuern						Fundierte Schulden					
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				ins-gesamt	Kreditmarktmittel
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise <sup>8)</sup>		Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100	für Wohngebäude 1980 = 100	Industriearbeiter <sup>9)</sup>		Angestellte in Industrie 9) und Handel		öffentlicher Dienst			
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100			Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt <sup>10)</sup>			
					ins-gesamt	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
1985	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	699	481	3 610	2 456	4 186	3 388	2 530
1986	97,5	94,3	116,2	99,9	100,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616
1987	95,1	91,7	118,6	100,1	100,1	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703
1988	96,3	91,8	121,2	101,4	100,3	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767
1989	99,3	99,8	125,5	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, Ausländer einschließlich DDR 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987 b) vorläufige Ergebnisse c) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1989	1990	1989/90			1990/91				
				Monats- durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
<b>BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT</b>											
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 574	...	2 590	2 595	2 599	...	...	...	...	...
<b>NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG</b>											
Eheschließungen	Anzahl	1 437	...	932	1 429	511	1 321	1 076	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,7	...	4,4	6,5	2,3	...	...	...	...	...
Lebendgeborene	Anzahl	2 281	...	2 226	2 406	2 222	2 470	2 367	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,6	...	10,5	10,9	10,1	...	...	...	...	...
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 546	...	2 478	3 261	3 334	2 668	2 652	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,9	...	11,7	14,8	15,1	...	...	...	...	...
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	15	...	12	14	17	14	24	...	...	...
	je 1 000 Lebendgeborene	6,6	...	5,4	5,8	7,7	5,7	10,1	...	...	...
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 264	...	- 252	- 855	- 1 112	- 198	- 285	...	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,2	...	- 1,2	- 3,9	- 5,0	...	...	...	...	...
<b>WANDERUNGEN</b>											
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 672	...	13 042	10 459	10 925	...	...	...	...	...
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 904	...	5 148	4 515	5 452	...	...	...	...	...
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 768	...	+ 7 894	+ 5 944	+ 5 473	...	...	...	...	...
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 121	...	10 205	9 485	10 932	...	...	...	...	...
Wanderungsfälle	Anzahl	21 697	...	28 395	24 459	27 309	...	...	...	...	...
<b>ARBEITSLAGE</b>											
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	101	94	99	106	114	81	84	89	94	94
darunter Männer	1 000	57	52	54	59	64	44	46	49	53	53
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	6,5	3,5	3,2	4,6	8,0	0,8	1,3	2,1	6,3	6,3
darunter Männer	1 000	5,8	3,4	2,7	4,2	7,6	0,7	1,2	1,9	5,5	5,5
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	6,5	9,3	6,9	6,3	7,0	8,9	8,1	7,9	9,3	9,3
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>											
<b>VIEHBESTAND</b>											
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 491 <sup>a</sup>	p 1 525	.	1 491	.	.	p 1 525	.	.	.
darunter Milchkühe	1 000	480 <sup>a</sup>	p 472	.	480	.	.	p 472	.	.	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)											
Schweine	1 000	1 451 <sup>a</sup>	p 1 448	.	1 451	.	.	p 1 448	.	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	144 <sup>a</sup>	p 145	.	144	.	.	p 145	.	.	.
darunter trächtig	1 000	99 <sup>a</sup>	p 99	.	99	.	.	p 99	.	.	.
<b>SCHLACHTUNGEN<sup>2)</sup></b>											
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	...	59	30	36	79	71	50	69	69
Kälber	1 000 St.	1	...	1	1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	189	...	191	179	193	226	227	181	224	224
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	...	2	2	2	1	2	2	1	1
<b>SCHLACHTMENGEN<sup>3)</sup> AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN<sup>2)</sup></b>											
(ohne Geflügel)	1 000 t	29,0	...	35,0	24,5	28,0	44,5	41,5	31,2	40,7	40,7
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,7	...	18,4	9,0	11,1	23,9	20,7	14,9	20,4	20,4
Kälber	1 000 t	0,1	...	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	16,0	...	16,3	15,2	16,6	20,1	20,1	15,8	19,8	19,8
<b>DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für<sup>2)</sup></b>											
Rinder (ohne Kälber)	kg	312	...	315	305	308	303	296	300	296	296
Kälber	kg	131	...	135	133	128	120	123	119	113	113
Schweine	kg	85	...	86	85	87	89	89	88	89	89
<b>GEFLÜGEL</b>											
Eingelegte Bruteier <sup>4)</sup>	Für Legehennenküken	1 000	99	96	.	.	.	.	.	.	.
	Für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Geflügelfleisch <sup>5)</sup>	1 000 kg	77	63	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>MILCHERZEUGUNG</b>											
	1 000 t	201	...	187	194	184	190	183	185	182	182
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	...	94	94	95	93	94	92	96	96
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,7	...	12,9	13,0	12,4	12,7	12,7	12,8	12,5	12,5

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslantiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

		1989	1990	1989/90				1990/91		
				Monats- durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>PRODUZIERENDES GEWERBE</b>										
<b>VERARBEITENDES GEWERBE<sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	169	p 177	172	172	172	182	181	180	181
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	p 119	116	116	116	123	123	122	122
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 483	p 16 205	16 577	14 636	15 861	17 519	17 688	15 128	16 591
Lohnsumme	Mill. DM	360,4	p 397,6	471,4	374,9	354,1	413,1	514,3	418,4	394,5
Gehaltssumme	Mill. DM	270,4	p 295,8	363,4	294,2	266,8	285,7	387,6	332,0	297,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 274	p 2 229	3 246	2 048	1 988	2 308	2 691	2 205	2 607
aus dem Inland	Mill. DM	1 437	p 1 503	1 538	1 410	1 318	1 700	1 565	1 540	1 957
aus dem Ausland	Mill. DM	837	p 727	1 708	638	670	608	1 126	665	649
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 414	p 3 797	3 731	3 752	3 355	4 400	4 411	4 123	3 955
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 595	p 2 949	2 868	2 913	2 478	3 451	3 466	3 242	3 182
Auslandsumsatz	Mill. DM	819	p 849	863	839	877	949	944	881	773
Kohleverbrauch <sup>2)</sup>	1 000 t SKE	15	p 14	.	.	.	.	.	.	.
Gasverbrauch <sup>3)</sup>	Mill. m <sup>3</sup>	47,0	p 46,0	.	.	.	.	.	.	.
Stadt- und Kokereigas	Mill. m <sup>3</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Erd- und Erdölgas	Mill. m <sup>3</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Heizölverbrauch <sup>4)</sup>	1 000 t	63	p 71	.	.	.	.	.	.	.
leichtes Heizöl	1 000 t	7	p 7	.	.	.	.	.	.	.
schweres Heizöl	1 000 t	56	p 65	.	.	.	.	.	.	.
Stromverbrauch <sup>5)</sup>	Mill. kWh	281	p 297	306	284	281	324	327	290	302
Stromerzeugung (industrielle Eigenenerzeugung)	Mill. kWh	34	p 34	43	36	31	44	44	40	36
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	115,3	.	126,7	128,5	.	.	.	.	.
<b>BAUHAUPTGEWERBE<sup>7)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 744	41 773	40 392	39 791	39 105	43 065	43 047	42 447	41 980
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 382	4 608	4 863	3 345	3 408	5 641	5 061	3 485	3 817
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 623	1 782	1 745	1 247	1 342	2 160	1 943	1 364	1 600
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 181	1 213	1 353	932	1 014	1 416	1 339	935	1 084
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 493	1 484	1 680	1 106	995	1 829	1 604	1 088	1 039
Lohnsumme	Mill. DM	97,2	110,9	136,2	90,6	82,4	125,3	164,2	108,7	99,6
Gehaltssumme	Mill. DM	19,3	21,8	27,8	19,4	18,6	21,0	34,5	23,9	21,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	390,8	462,1	517,2	471,3	253,4	559,3	609,3	563,1	363,7
Auftragseingang <sup>8)</sup>	Mill. DM	236,4	282,2	240,5	213,6	154,7	322,1	253,6	288,5	217,9
<b>AUSBAUGEWERBE<sup>9)</sup></b>										
Beschäftigte	Anzahl	7 542	8 284	8 263	8 064	7 945	8 929	...	8 733	8 630
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	896	978	1 032	892	947	1 136	...	931	1 018
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	21,6	25,3	28,6	23,9	22,9	27,8	...	27,5	26,0
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	64,0	75,2	87,4	112,7	45,2	92,2	...	123,0	56,0
<b>ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG<sup>10)</sup></b>										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 185	...	2 401	2 506	2 822	...	...	...	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	944	...	1 040	1 079	1 130	...	...	...	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m <sup>3</sup>	.	...	.	.	.	.	.	.	.
<b>HANDWERK</b>										
<b>HANDWERK (Meßzahlen)<sup>11)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,2	104,8	.	103,4	.	.	.	107,3	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	159,2	185,4	.	188,6	.	.	.	220,3	.

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m<sup>3</sup> Gas (H<sub>2</sub> = 35,169 MJ/m<sup>3</sup>) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe



# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1989	1990	1989/90			1990/91			
				Monats- durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	
<b>BAUTÄTIGKEIT</b>										
<b>BAUGENEHMIGUNGEN</b>										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	440	p 509	372	317	364	508	418	300	...
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	373	p 414	312	240	320	422	303	225	...
2 Wohnungen	Anzahl	40	p 53	38	35	23	45	42	31	...
Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	353	p 482	297	278	307	503	420	364	...
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	63	p 87	55	50	57	92	79	64	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	113	p 123	101	107	81	124	91	113	...
Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	557	p 602	407	516	672	612	568	729	...
Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	90	p 97	73	91	90	98	81	110	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	730	p 1 148	677	650	631	1 204	1 101	1 062	...
<b>HANDEL UND GASTGEWERBE</b>										
<b>AUSFUHR</b>										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 046,3	p 996,9	1 026,9	1 003,9	1 085,3	1 110,2	1 079,5	864,7	...
davon Güter der										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	184,9	p 145,4	175,9	157,2	206,2	162,7	122,6	127,4	...
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	861,4	p 851,6	851,0	846,7	879,1	947,5	956,9	737,3	...
davon										
Rohstoffe	Mill. DM	16,2	p 14,7	17,8	13,0	19,6	20,5	14,5	10,9	...
Halbwaren	Mill. DM	64,6	p 62,0	72,3	56,2	61,8	61,2	82,1	48,7	...
Fertigwaren	Mill. DM	780,6	p 774,8	760,9	777,5	797,7	865,8	860,3	677,7	...
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. DM	125,7	p 122,1	135,9	104,2	142,7	139,5	123,4	103,0	...
Enderzeugnisse	Mill. DM	654,9	p 652,8	625,0	673,3	655,0	726,3	736,8	574,7	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG-Länder	Mill. DM	514,1	p 509,2	577,2	464,6	531,4	546,5	526,9	443,1	...
darunter Niederlande	Mill. DM	104,7	p 102,2	131,3	103,4	105,1	123,7	111,7	92,0	...
Frankreich	Mill. DM	93,4	p 90,2	103,8	83,2	98,0	88,0	104,8	72,9	...
Dänemark	Mill. DM	74,5	p 77,6	76,6	70,7	76,5	76,3	88,9	65,5	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	84,5	p 75,7	91,5	69,4	74,5	80,0	71,3	69,0	...
EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	116,2	130,1	124,8	145,4	105,9	138,5	143,6	p 158,1	...
GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	111,3	117,7	87,8	98,8	75,5	114,1	93,6	p 107,3	...
<b>FREMDENERKEHR IN BEHERBERGUNGSRÄUMEN</b>										
<b>MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)</b>										
Ankünfte	1 000	287	317	180	146	105	348	210	162	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	37	40	28	25	11	40	34	26	...
Übernachtungen	1 000	1 471	1 616	634	508	399	1 544	701	580	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	72	73	55	53	26	78	62	50	...
<b>VERKEHR</b>										
<b>SEESCHIFFFAHRT<sup>1)</sup></b>										
Güterempfang	1 000 t	1 490	...	1 690	1 331	...	...	...	...	...
Güterversand	1 000 t	920	...	909	939	...	...	...	...	...
<b>BINNENSCHIFFFAHRT</b>										
Güterempfang	1 000 t	136	138	165	143	141	143	134	147	...
Güterversand	1 000 t	158	165	194	140	158	159	167	191	...
<b>ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE<sup>2)</sup></b>										
darunter Krafträder	Anzahl	9 987	...	8 975	9 844	9 104	12 652	11 954	...	...
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	258	...	32	245	74	82	56	...	...
Lastkraftwagen	Anzahl	8 970	...	8 246	8 898	8 323	11 648	10 976	...	...
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	467	...	468	433	501	652	673	...	...
<b>STRASSENVERKEHRUNFÄLLE</b>										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 399	p 1 441	1 362	1 231	1 169	1 350	1 411	p 1 200	p 1 089
Getötete Personen	Anzahl	29	p 30	30	35	32	18	43	p 27	p 27
Verletzte Personen	Anzahl	1 802	p 1 876	1 746	1 656	1 506	1 663	1 787	p 1 577	p 1 380

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

		1989	1990	1989/90				1990/91			
				Monats- durchschnitt <sup>1)</sup>	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
<b>GELD UND KREDIT</b>											
<b>KREDITE UND EINLAGEN<sup>2)</sup></b>											
Kredite <sup>3)</sup> an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	80 020	83 070	80 108	80 020	79 696	81 811	82 214	83 070	82 853	
darunter											
Kredite <sup>3)</sup> an inländische Nichtbanken	Mill. DM	78 780	81 367	78 730	78 780	78 456	80 166	80 492	81 367	81 399	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 784	10 565	9 644	9 784	9 534	10 356	10 213	10 565	10 447	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 336	10 451	9 354	9 336	9 308	10 163	10 118	10 451	10 313	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	448	114	290	448	226	193	95	114	134	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 157	4 564	4 138	4 157	4 101	4 329	4 465	4 564	4 523	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 636	3 810	3 634	3 636	3 609	3 654	3 695	3 810	3 772	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	521	754	504	521	492	675	771	754	751	
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	64 839	66 238	64 946	64 839	64 822	65 481	65 814	66 238	66 430	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	48 165	49 552	48 356	48 165	48 193	49 161	49 352	49 552	49 581	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 674	16 686	16 590	16 674	16 629	16 319	16 461	16 686	16 848	
Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>3)</sup> von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	60 676	64 837	59 895	60 676	60 464	62 493	63 470	64 837	61 692	
Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	40 596	45 311	40 342	40 596	40 693	43 623	44 638	45 311	42 398	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	32 511	36 871	32 340	32 511	32 866	35 452	36 407	36 871	37 080	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	8 086	8 440	8 001	8 086	7 826	8 171	8 231	8 440	5 318	
Spareinlagen	Mill. DM	20 080	19 526	19 554	20 080	19 771	18 870	18 832	19 526	19 294	
bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	4 103	4 623	.	4 103	.	.	.	4 623	.	
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	3 786	4 013	.	3 786	.	.	.	4 013	.	
<b>ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN</b>											
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	59	47	54	49	66	44	34	40	37	
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	1	-	-	-	-	-	-	-	
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	142	122	145	143	118	164	97	88	...	
Wechselsumme	Mill. DM	1,0	1,1	1,1	0,9	0,6	0,8	0,4	0,7	...	
<b>STEUERN</b>											
<b>STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART</b>											
			Vierteljahres- durchschnitt		4.Vj.89				4.Vj.90		
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	3 099,1	3 012,8	-	3 428,3	-	-	-	3 829,3	-	
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 178,7	2 105,4	-	2 539,4	-	-	-	2 855,5	-	
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 574,5	1 549,3	-	1 874,0	-	-	-	1 908,9	-	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	349,4	376,4	-	433,5	-	-	-	625,3	-	
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	71,6	55,1	-	32,6	-	-	-	43,0	-	
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	183,3	124,5	-	199,3	-	-	-	278,3	-	
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	920,3	907,5	-	888,8	-	-	-	973,7	-	
Umsatzsteuer	Mill. DM	519,2	607,8	-	477,6	-	-	-	633,0	-	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	401,1	299,7	-	411,2	-	-	-	340,7	-	
Bundessteuern	Mill. DM	142,6	55,4	-	154,6	-	-	-	49,9	-	
Zölle	Mill. DM	- 0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-	
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	122,8	34,3	-	142,4	-	-	-	40,3	-	
Landessteuern	Mill. DM	212,2	213,8	-	213,3	-	-	-	229,2	-	
Vermögensteuer	Mill. DM	35,8	37,2	-	37,4	-	-	-	43,7	-	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	92,1	90,4	-	82,5	-	-	-	93,1	-	
Biersteuer	Mill. DM	6,9	7,9	-	6,9	-	-	-	8,8	-	
Gemeindesteuern	Mill. DM	334,0	339,7	-	340,7	-	-	-	335,2	-	
Grundsteuer A	Mill. DM	7,8	7,6	-	7,2	-	-	-	7,1	-	
Grundsteuer B	Mill. DM	76,9	76,6	-	72,4	-	-	-	71,6	-	
Gewerbesteuer	Mill. DM	238,0	241,4	-	248,7	-	-	-	244,1	-	
nach Ertrag und Kapital (brutto)											
<b>STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN</b>											
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 620,0	1 523,6	-	1 780,8	-	-	-	1 877,0	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	860,0	858,5	-	1 008,4	-	-	-	1 152,0	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	598,2	589,8	-	577,8	-	-	-	632,9	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19,3	19,9	-	40,0	-	-	-	42,1	-	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 734,2	1 794,0	-	1 967,0	-	-	-	2 356,0	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	998,8	927,9	-	1 157,2	-	-	-	1 296,3	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	503,9	632,5	-	556,5	-	-	-	788,4	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19,3	19,9	-	40,0	-	-	-	42,1	-	
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	611,2	607,7	-	938,8	-	-	-	917,6	-	
Gewerbesteuer											
nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>5)</sup>	Mill. DM	199,4	201,7	-	168,7	-	-	-	159,8	-	
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	315,8	313,4	-	678,1	-	-	-	403,5	-	

# Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1989	1990	1989/90				1990/91		
	Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
<b>PREISE</b>									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT* 1985 = 100									
Einfuhrpreise <sup>6)</sup>	84,4	...	83,4	83,0	82,5	85,0	84,1	...	...
Ausfuhrpreise <sup>6)</sup>	102,1	...	102,0	101,6	101,7	102,5	102,4	...	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes <sup>6)</sup>	92,8	...	92,5	91,9	91,3	93,1	92,3	...	...
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>6)</sup>	99,3	101,0	100,0	100,0	100,1	102,1	101,8	101,5	...
landwirtschaftlicher Produkte <sup>6)</sup>	99,8	...	101,3	100,7	96,6	90,4	p 90,6	p 91,3	...
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1980 = 100	125,5	...	127,1	.	.	.	...	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) <sup>6)</sup>	96,4	...	96,1	96,5	96,1	95,2	p 94,8	p 94,6	...
Einzelhandelspreise 1980 = 100	121,1	123,8	121,7	122,2	122,5	125,0	124,8	124,9	...
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	104,2	107,0	104,9	105,2	105,8	108,2	108,0	108,1	108,8
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	102,5	105,6	103,1	103,6	104,4	105,5	105,6	106,0	106,7
Bekleidung, Schuhe	106,0	107,5	106,5	106,5	106,6	108,1	108,6	108,7	108,8
Wohnungsmieten	108,8	112,5	109,9	110,1	110,6	113,6	113,9	114,2	114,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	82,0	85,5	83,9	85,8	85,7	90,8	89,0	88,6	91,1
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	104,9	107,3	105,7	105,8	106,1	108,1	108,2	108,3	108,5
<b>LÖHNE UND GEHÄLTER</b>									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	786	821	.	.	783	844	.	.	...
darunter Facharbeiter	827	850	.	.	827	884	.	.	...
weibliche Arbeiter	552	572	.	.	553	580	.	.	...
darunter Hilfsarbeiter	526	545	.	.	527	553	.	.	...
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	19,44	20,47	.	.	19,70	20,89	.	.	...
darunter Facharbeiter	20,49	21,57	.	.	20,80	22,02	.	.	...
weibliche Arbeiter	14,07	14,65	.	.	14,17	14,83	.	.	...
darunter Hilfsarbeiter	13,34	13,86	.	.	13,41	14,04	.	.	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	40,4	40,0	.	.	39,8	40,4	.	.	...
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,2	39,0	.	.	39,0	39,1	.	.	...
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 759	4 960	.	.	4 839	5 044	.	.	...
weiblich	3 285	3 433	.	.	3 344	3 501	.	.	...
Technische Angestellte									
männlich	4 849	5 066	.	.	4 891	5 178	.	.	...
weiblich	3 217	3 382	.	.	3 268	3 468	.	.	...
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 831	3 990	.	.	3 920	4 022	.	.	...
weiblich	2 634	2 754	.	.	2 705	2 789	.	.	...
Technische Angestellte									
männlich	3 772	3 753	.	.	3 786	3 742	.	.	...
weiblich	(2 653)	(2 700)	.	.	(2 674)	(2 713)	.	.	...
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 126	4 297	.	.	4 209	4 348	.	.	...
weiblich	2 823	2 953	.	.	2 890	2 999	.	.	...
Technische Angestellte									
männlich	4 779	4 972	.	.	4 816	5 069	.	.	...
weiblich	3 205	3 371	.	.	3 256	3 453	.	.	...

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken  
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage  
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Hinweis: \*) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 3. 1990			Bevölkerungsveränderung im März 1990			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 1991 (vorläufige Zahlen)		
	Insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wände- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete <sup>2)</sup>	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLensburg	87 023	+ 0,2	+ 1,3	4	158	162	33	1	36
KIEL	244 209	+ 0,1	+ 1,3	- 24	200	176	109	-	137
LÜBECK	213 883	+ 0,1	+ 1,6	- 39	301	262	88	2	102
NEUMÜNSTER	80 442	+ 0,1	+ 1,1	- 4	73	69	31	1	37
Dithmarschen	128 668	+ 0,2	+ 1,4	- 7	224	217	53	2	69
Hzgt. Lauenburg	158 108	+ 0,2	+ 2,3	- 2	375	373	56	2	79
Nordfriesland	151 647	+ 0,0	+ 1,3	7	60	67	85	3	111
Ostholstein	188 233	+ 0,2	+ 2,2	- 15	308	293	85	2	102
Pinneberg	266 775	+ 0,1	+ 1,5	13	312	325	94	1	112
Plön	120 960	+ 1,1	+ 3,8	- 8	1 380	1 372	42	-	61
Rendsburg-Eckernförde	245 770	+ 0,1	+ 1,2	- 9	307	298	91	1	118
Schleswig-Flensburg	179 442	+ 0,1	+ 1,5	2	265	267	68	1	92
Segeberg	218 704	+ 0,2	+ 1,7	- 33	389	356	109	6	136
Steinburg	127 403	- 0,2	+ 1,3	2	- 247	- 245	56	3	66
Stormarn	197 323	+ 0,1	+ 1,5	- 31	179	148	89	2	122
Schleswig-Holstein	2 608 590	+ 0,2	+ 1,6	- 144	4 284	4 140	1 089	27	1 380

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>			Kraftfahrzeugbestand <sup>5)</sup> am 1. 1. 1991		
	Betriebe am 31. 1. 1991	Beschäftigte am 31. 1. 1991	Umsatz <sup>4)</sup> im Januar 1991 Mtl. DM	Insgesamt	Pkw <sup>6)</sup>	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner 7)
FLensburg	69	9 149	215	40 386	36 141	415
KIEL	135	22 669	348	111 970	100 075	410
LÜBECK	144	21 780	444	97 682	87 369	408
NEUMÜNSTER	72	10 546	145	40 835	36 350	452
Dithmarschen	69	7 115	349	76 104	62 174	483
Hzgt. Lauenburg	106	9 119	146	93 299	81 054	513
Nordfriesland	58	3 523	94	91 752	75 261	496
Ostholstein	90	6 702	132	105 369	91 004	483
Pinneberg	195	21 620	528	150 660	131 701	494
Plön	46	3 035	53	68 257	58 099	480
Rendsburg-Eckernförde	131	10 627	192	144 599	122 134	497
Schleswig-Flensburg	83	5 579	148	107 712	88 202	492
Segeberg	191	20 016	470	143 029	123 167	563
Steinburg	82	9 366	211	74 974	62 253	489
Stormarn	174	20 040	481	120 502	106 305	539
Schleswig-Holstein	1 645	180 886	3 955	1 467 130	1 261 289	484

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1990 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen  
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand am 31. 3. 1990

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

# Zahlen für Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 12. 1989			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 1. 1991	Kurzarbeiter Monatsmitte Januar 1991	offene Stellen 31. 1. 1991	Schweine insgesamt am 3. 8. 1990	Rindvieh am 3. 6. 1990	
		VZ 1987	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe
		in %							
Schleswig-Holstein	2 594,6	+ 1,6	+ 1,2	94,2	6,3	9,3	1 497	1 504	437
Hamburg	1 626,2	+ 2,1	+ 1,4	69,9	2,1	7,3	5	12	2
Niedersachsen	7 283,8	+ 1,7	+ 1,4	273,5	11,8	29,0	7 233	3 341	939
Dresden	673,7	+ 2,1	+ 1,8	35,0	3,0	4,0	8	23	4
Nordrhein-Westfalen	17 103,6	+ 2,3	+ 1,4	595,9	20,3	64,7	6 193	1 918	522
Hessen	5 660,6	+ 2,8	+ 1,6	132,6	8,0	23,8	1 116	732	238
Rheinland-Pfalz	3 701,7	+ 2,0	+ 1,3	92,6	6,4	13,7	537	554	186
Baden-Württemberg	9 618,7	+ 3,6	+ 2,0	170,5	9,1	71,3	2 251	1 599	592
Bayern	11 220,7	+ 2,9	+ 1,6	279,6	19,6	69,0	3 845	4 912	1 834
Saarland	1 064,9	+ 0,9	+ 1,0	37,7	2,3	3,3	36	68	22
Berlin (West)	2 130,5	+ 5,9	+ 3,0	92,5	3,7	7,0	3	1	0
Bundesgebiet	62 679,0	+ 2,6	+ 1,6	1 874,0	92,6	302,5	22 723	14 663	4 775

Land	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>			Wohnungswesen im September 1990	
	Beschäftigte am 30. 11. 1990 in 1 000	Umsatz <sup>2)</sup> im November 1990		Beschäftigte am 31. 10. 1990		zum Bau genehmigte Wohnungen		
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner <sup>4)</sup>	Anzahl	je 10 000 Einwohner <sup>4)</sup>	
Schleswig-Holstein	181	4 406	21	43	17	1 299	5,0	
Hamburg	136	8 607	14	22	13	343	2,1	
Niedersachsen	687	17 907	31	116	16	3 777	5,2	
Bremen	84	2 473	39	11	16	80	1,2	
Nordrhein-Westfalen	2 042	44 651	27	241	14	6 498	3,8	
Hessen	664	13 488	26	91	16	3 063	5,4	
Rheinland-Pfalz	391	9 184	35	62	17	1 967	5,3	
Baden-Württemberg	1 541	29 762	29	173	18	6 458	6,7	
Bayern	1 467	28 462	29	245	22	7 358	6,6	
Saarland	140	2 756	32	18	17	329	3,1	
Berlin (West)	177	5 276	10	37	18	1 319	6,2	
Bundesgebiet	7 510	166 972	27	1 059	17	32 491	5,2	

Land	*Kfz-Bestand <sup>5)</sup> am 1. 7. 1990		Straßenverkehrsunfälle <sup>7)</sup> mit Personenschaden im November 1990					Bestand an Spar- einlagen <sup>8)</sup> am 28. 2. 1990 in DM je Einw. 9)	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw <sup>6)</sup>		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner 4)								
		in 1 000						im 3. Vierteljahr 1990			
Schleswig-Holstein	1 467	1 262	486	1 411	43	1 787	130	7 636	681	567	...
Hamburg	753	679	417	985	16	1 268	130	10 372	1 069	4 456	...
Niedersachsen	4 160	3 554	488	4 052	114	5 334	134	9 133	680	603	...
Bremen	311	280	416	316	3	378	121	10 580	754	1 450	...
Nordrhein-Westfalen	9 106	8 118	475	6 759	150	8 615	130	9 847	778	1 401	...
Hessen	3 414	969	525	2 630	46	3 559	137	11 537	861	1 019	...
Rheinland-Pfalz	2 248	1 901	513	1 460	37	1 937	135	10 729	677	673	...
Baden-Württemberg	5 798	4 919	511	3 658	109	4 868	136	11 991	842	982	...
Bayern	6 928	5 667	505	4 844	161	6 549	139	12 226	786	863	...
Saarland	612	543	510	441	10	610	141	9 787	670	633	...
Berlin (West)	847	741	348	1 019	10	1 213	120	9 119	544	1 950	...
Bundesgebiet	35 748	30 685	490	27 789	708	36 385	133	10 627	773	1 150	...

\*1) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) Bevölkerungsstand am 31. 12. 1989

5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet: einschl. Bundespost und Bundesbahn

6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

9) Bevölkerungsstand: 30. 6. 1989

Druckort: im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

## **Erläuterungen**

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

## **Zeichenerklärung**

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- ( ) = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≙ = entspricht

